



REPUBLIK ÖSTERREICH  
Parlament

# PLENARSITZUNG DES BUNDESRATES

---

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

903. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich

Sonntag, 15. März 2020

Großer Redoutensaal



# Stenographisches Protokoll

903. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich

**Sonntag, 15. März 2020**

---

## Dauer der Sitzung

Sonntag, 15. März 2020: 14.29 – 17.22 Uhr

\*\*\*\*\*

## Tagesordnung

- 1. Punkt:** Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Errichtung des COVID-19-Krisenbewältigungsfonds (COVID-19-FondsG) und ein Bundesgesetz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 (COVID-19-Maßnahmengesetz) erlassen sowie das Gesetzliche Budgetprovisorium 2020, das Bundesfinanzrahmengesetz 2019 bis 2022, das Bundesgesetz über die Einrichtung einer Abbaubeteiligungsaktiengesellschaft des Bundes, das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, das Arbeitsmarktservicegesetz und das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz geändert werden (COVID-19 Gesetz)
- 2. Punkt:** Bundesgesetz, mit dem das Schulunterrichtsgesetz, das Schulunterrichtsgesetz für Berufstätige, Kollegs und Vorbereitungslehrgänge und das Bundesgesetz über die Berufsreifeprüfung geändert werden
- 3. Punkt:** Bundesgesetz, mit dem die Strafprozessordnung 1975 geändert wird
- 4. Punkt:** Bundesgesetz, mit dem das Wirtschaftskammergesetz 1998 geändert wird

\*\*\*\*\*

## Inhalt

### Bundesrat

<b>Ansprache</b> des <b>Präsidenten Robert Seeber</b> betreffend Maßnahmen im Umgang mit der Ausbreitung des Coronavirus .....	4
<b>Antrag</b> der BundesrätInnen <b>Karl Bader, Korinna Schumann, Monika Mühlwerth</b> und <b>Marco Schreuder</b> gemäß § 49 Abs. 1 in Verbindung mit § 16 Abs. 3 GO-BR, die gegenständlichen Beschlüsse des Nationalrates ohne Vorberatung durch einen Ausschuss unmittelbar in Verhandlung zu nehmen – Annahme .....	6, 6
<b>Verlesung</b> der vorgesehenen Fassung eines Teiles des Amtlichen Protokolls dieser Sitzung durch <b>Vizepräsident Michael Wanner</b> .....	43
<b>Genehmigung</b> des verlesenen Teiles des Amtlichen Protokolls .....	44

### Personalien

Verhinderungen .....	4
----------------------	---

**Nationalrat**

Beschlüsse und Gesetzesbeschlüsse .....	5
---	---

**Ausschüsse**

Zuweisungen .....	5
-------------------	---

**Verhandlungen*****Gemeinsame Beratung*** über

<b>1. Punkt:</b> Beschluss des Nationalrates vom 15. März 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Errichtung des COVID-19-Krisenbewältigungsfonds (COVID-19-FondsG) und ein Bundesgesetz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 (COVID-19-Maßnahmengesetz) erlassen sowie das Gesetzliche Budgetprovisorium 2020, das Bundesfinanzrahmengesetz 2019 bis 2022, das Bundesgesetz über die Einrichtung einer Abbaubeteiligungsaktiengesellschaft des Bundes, das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, das Arbeitsmarktservicegesetz und das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz geändert werden (COVID-19 Gesetz) (396/A und 102 d.B. sowie 10287/BR d.B.) .....	7
---	---

<b>2. Punkt:</b> Beschluss des Nationalrates vom 15. März 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Schulunterrichtsgesetz, das Schulunterrichtsgesetz für Berufstätige, Kollegs und Vorbereitungslehrgänge und das Bundesgesetz über die Berufsreifeprüfung geändert werden (103 d.B.) .....	7
---	---

<b>3. Punkt:</b> Beschluss des Nationalrates vom 15. März 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Strafprozessordnung 1975 geändert wird (104 d.B.) .....	7
---	---

<b>4. Punkt:</b> Beschluss des Nationalrates vom 15. März 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Wirtschaftskammergesetz 1998 geändert wird (105 d.B.)	7
---	---

RednerInnen:

<b>Bundesminister Mag. Gernot Blümel, MBA</b> .....	8
<b>Karl Bader</b> .....	9
<b>Korinna Schumann</b> .....	12
<b>Monika Mühlwerth</b> .....	14
<b>Marco Schreuder</b> .....	17
<b>Bundesministerin Mag. (FH) Christine Aschbacher</b> .....	19
<b>Bundesminister Rudolf Anschober</b> .....	21
<b>Sonja Zwazl</b> .....	24
<b>Günther Novak</b> .....	27
<b>MMag. Dr. Michael Schilchegger</b> .....	29
<b>Andreas Lackner</b> .....	31
<b>Ernest Schwindsackl</b> .....	32
<b>Doris Hahn, MEd MA</b> .....	33
<b>Ing. Bernhard Rösch</b> .....	35
<b>Mag. Dr. Doris Berger-Grabner</b> .....	37
<b>Ingo Appé</b> .....	38
<b>Mag. Reinhard Pisek, BA MA</b> .....	40

<b>Entschließungsantrag</b> der BundesrätInnen <b>Monika Mühlwerth</b> , Kolleginnen und Kollegen betreffend „vollständiger Kostenersatz für aufgrund der COVID-19-Krise abgesagte Schulveranstaltungen“ – Annahme (273/E-BR/2020) .....	16, 43
--	--------

<b>Entschließungsantrag</b> der BundesrätInnen <b>Ingo Appé</b> , Kolleginnen und Kollegen betreffend „weitergehende Maßnahmen, um die wirtschaftlichen und sozialen Fragen des Coronavirus effektiv zu bekämpfen“ – Annahme (271/E-BR/2020)	39, 42
--	--------

---

<b>Entschließungsantrag</b> der BundesrätInnen <b>Mag. Reinhard Pisec, BA MA</b> , Kolleginnen und Kollegen betreffend „sofortige steuerliche Sonderregelungen für Unternehmer zur Abfederung von Belastungen aufgrund der COVID-19-Krise“ – Annahme (272/E-BR/2020) .....	41, 42
<b>Annahme</b> des Antrages der BundesrätInnen Karl Bader, Korinna Schumann, Marco Schreuder, Kolleginnen und Kollegen zu Punkt 1, gegen den vorliegenden Beschluss des Nationalrates – soweit dieser dem Einspruchsrecht des Bundesrates unterliegt – keinen Einspruch zu erheben .....	42
<b>Annahme</b> des Antrages der BundesrätInnen Karl Bader, Korinna Schumann, Marco Schreuder, Kolleginnen und Kollegen zu Punkt 2, gegen den vorliegenden Beschluss des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben .....	42
<b>Annahme</b> des Antrages der BundesrätInnen Karl Bader, Korinna Schumann, Marco Schreuder, Kolleginnen und Kollegen zu Punkt 3, gegen den vorliegenden Beschluss des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben .....	42
<b>Annahme</b> des Antrages der BundesrätInnen Karl Bader, Korinna Schumann, Marco Schreuder, Kolleginnen und Kollegen zu Punkt 4, gegen den vorliegenden Beschluss des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben .....	42

## Beginn der Sitzung: 14.29 Uhr

**Vorsitzende:** Präsident Robert **Seeber**, Vizepräsident Michael **Wanner**.

\*\*\*\*\*

**Präsident Robert Seeber:** Ich **eröffne** die 903. Sitzung des Bundesrates.

Das Amtliche Protokoll der 902. Sitzung des Bundesrates vom 12. März 2020 ist aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Als **verhindert** gemeldet sind heute die Mitglieder des Bundesrates Dr. Gerhard Leitner und Christoph Steiner.

Ein herzliches Grüß Gott allen hier im Hohen Hause! Ich darf auch sehr herzlich Frau Bundesminister Aschbacher sowie Herrn Bundesminister Blümel in unserer Runde begrüßen. – Herzlich willkommen! (*Allgemeiner Beifall.*)

### **Ansprache des Präsidenten betreffend Maßnahmen im Umgang mit der Ausbreitung des Coronavirus**

**Präsident Robert Seeber:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Österreicherinnen und Österreicher! Österreich befindet sich derzeit in einer Ausnahmesituation. Der Bundesrat tritt nun zusammen, um jene Gesetze zu beschließen, die es ermöglichen, die sozialen Kontakte der Bevölkerung ab morgen auf das Notwendigste zu beschränken.

Diese Maßnahmen sind notwendig, um die Anzahl der Neuerkrankungen durch das Coronavirus so weit wie möglich zu verringern und auch um eine Überlastung unseres Gesundheitssystems nach Möglichkeit zu vermeiden. Gerade wir Mandatarinnen und Mandatare sind in den nächsten Wochen aufgerufen, Vorbilder zu sein und mit gutem Beispiel voranzugehen.

Die Einschränkung von Kontakten ist heute schon an der Sitzordnung hier im Plenum sehr gut zu erkennen, die eine größtmögliche Distanz zwischen den Bundesrätinnen und Bundesräten schafft, um das Ansteckungsrisiko zu minimieren. Die räumliche Distanz, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss aber **weit** darüber hinausgehen. Wir müssen unsere sozialen Kontakte in den nächsten Wochen auf das Allernotwendigste beschränken und dabei unserer Vorbildwirkung in der Republik gerecht werden.

Alle Österreicherinnen und Österreicher sind nun aufgerufen, ihr soziales Leben größtmöglich einzuschränken. Ich appelliere an dieser Stelle insbesondere an die vielen Schülerinnen und Schüler sowie an die Studentinnen und Studenten: Passt eure Freizeitbeschäftigungen in den nächsten Wochen den Umständen an und bleibt zu Hause! Ihr tragt eine große Verantwortung dafür, die Ausbreitung des Virus, das für euch natürlich weniger gefährlich ist als für andere, zu verhindern, es nicht an andere, die daran ernsthaft erkranken oder sterben könnten, weiterzugeben.

Wir werden auch jene Menschen, die für die Aufrechterhaltung eines geordneten Lebens zuständig sind, noch dringend brauchen. Jeder Einzelne von ihnen, der in Quarantäne gehen muss, wird uns fehlen. Nicht zuletzt bedeutet die Weitergabe des Virus an gesundheitlich bereits stärker beeinträchtigte sowie ältere Personen für diese eine absolute Lebensgefahr. Ich appelliere daher noch einmal eindringlich, das nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Wer die Gesetze und Empfehlungen der Regierung missachtet, provoziert weitere einschränkende Maßnahmen, die letztendlich alle empfindlich treffen werden. Lassen Sie es mich hier an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Wer

**Präsident Robert Seeber**

möchte denn schon damit leben müssen, seine Sorglosigkeit mit dem Leben anderer bezahlt zu haben?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die nächsten Wochen werden für uns alle nicht einfach werden. Wir werden diese Krise – davon bin ich überzeugt – überwinden, wenn wir über die Parteigrenzen hinweg zusammenhalten. Das heißt für mich, parteipolitisches Kalkül hintanzustellen. Wir werden es schaffen – als ein Team mit einem gemeinsamen Ziel, um den Österreicherinnen und Österreichern zu zeigen, dass wir der Verantwortung gewachsen sind und wir alle mitsammen unser Bestes geben.

Viele private Initiativen, die in den letzten Tagen entstanden sind, haben mich auch persönlich sehr beeindruckt und lassen mich trotz aller Besorgnis mit guter Hoffnung in die Zukunft sehen – Gruppen von Menschen etwa, die älteren Nachbarn Hilfe anbieten, oder die vielen anderen Freiwilligen und Ehrenamtlichen, die sich in den Dienst der gemeinsamen Sache stellen. Sie und alle jene, die jetzt ihre berufliche Tätigkeit weiterführen, stellen jenen Geist der Gemeinsamkeit unter Beweis, der unser Land so lebenswert macht und auf den wir zu Recht stolz sein können.

Ich danke an dieser Stelle allen, die sich nicht nur um sich selbst, sondern auch – auf welche Weise auch immer – um andere kümmern. Es gibt im Leben nichts Besseres und Erfüllenderes, als anderen zu helfen. Nützen wir diese Krise, um unser Leben und das unserer Mitmenschen auf diese Weise zu bereichern! Halten wir zusammen und befolgen wir strikt die Gebote der Regierung! Bundeskanzler Kurz und Vizekanzler Kogler haben das – wenn man kürzlich die Medien beobachtet hat, hat man das mitbekommen – eindringlich eingefordert, und auch ich möchte darum eindringlich bitten. – Ich wünsche uns allen zum Wohle der Republik alles Gute. *(Allgemeiner Beifall.)*

**Einlauf und Zuweisungen**

**Präsident Robert Seeber:** Eingelangt und den Ausschüssen zugewiesen wurden folgende Verhandlungsgegenstände:

der Bericht des Bundesministers für Inneres betreffend Legislativ- und Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2020 sowie dem Achtzehnmonats-Programm des rumänischen, finnischen und kroatischen Vorsitzes des Rates der Europäischen Union (III-709-BR/2020), **zugewiesen** dem Ausschuss für innere Angelegenheiten,

der Bericht des Bundesministers für Finanzen betreffend EU-Jahresvorschau 2020 (III-710-BR/2020), **zugewiesen** dem Finanzausschuss,

der Bericht der Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus betreffend EU-Jahresvorschau 2020 (III-711-BR/2020), **zugewiesen** dem Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft,

der Bericht des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung betreffend EU-Vorhaben – Jahresvorschau 2020 (III-712-BR/2020), **zugewiesen** dem Ausschuss für Wissenschaft und Forschung sowie

der Bericht der Bundesministerin für Arbeit, Familie und Jugend betreffend EU-Jahresvorschau 2020 gemäß Artikel 23f Abs. 2 B-VG iVm § 7 EU-Info-G, auf der Grundlage des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission für 2020 und des Achtzehnmonatsprogramms des Rates für 2019/2020 (III-713-BR/2020), **zugewiesen** dem Ausschuss für Familie und Jugend.

Weiters eingelangt sind:

der Beschluss des Nationalrates vom 15. März 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Errichtung des COVID-19-Krisenbewältigungsfonds

**Präsident Robert Seeber**

(COVID-19-FondsG) und ein Bundesgesetz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 (COVID-19-Maßnahmengesetz) erlassen sowie das Gesetzliche Budgetprovisorium 2020, das Bundesfinanzrahmengesetz 2019 bis 2022, das Bundesgesetz über die Einrichtung einer Abbaubeteiligungsaktiengesellschaft des Bundes, das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, das Arbeitsmarktservicegesetz und das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz geändert werden (COVID-19 Gesetz) (396/A und 102 der Beilagen sowie 10287/BR der Beilagen) sowie

der Beschluss des Nationalrates vom 15. März 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Schulunterrichtsgesetz, das Schulunterrichtsgesetz für Berufstätige, Kollegs und Vorbereitungslehrgänge und das Bundesgesetz über die Berufsreifeprüfung geändert werden (103 der Beilagen) beziehungsweise

der Beschluss des Nationalrates vom 15. März 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Strafprozessordnung 1975 geändert wird (104 der Beilagen) und

der Beschluss des Nationalrates vom 15. März 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Wirtschaftskammergesetz 1998 geändert wird (105 der Beilagen).

**Antrag gemäß § 16 Abs. 3 GO-BR**

**Präsident Robert Seeber:** Es liegt mir hierzu ein **Antrag** der Bundesräte Karl Bader, Korinna Schumann, Monika Mühlwerth, Marco Schreuder gemäß § 49 Abs. 1 in Verbindung mit § 16 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Bundesrates vor, die gegenständlichen Beschlüsse des Nationalrates gemäß § 16 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Bundesrates ohne Ausschussvorberatung in Verhandlung zu nehmen.

Ich lasse daher über den Antrag der Bundesräte Karl Bader, Korinna Schumann, Monika Mühlwerth, Marco Schreuder, diese Beschlüsse des Nationalrates gemäß § 16 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Bundesrates ohne Ausschussvorberatung in Verhandlung zu nehmen, **abstimmen**.

Hierzu ist eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich.

Ich bitte daher jene Bundesrätinnen und Bundesräte, die dem vorliegenden Antrag ihre Zustimmung erteilen, um ein Handzeichen. – Das ist die **Stimmeneinhelligkeit**. Der Antrag, die gegenständlichen Beschlüsse des Nationalrates gemäß § 16 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Bundesrates ohne Vorberatung durch einen Ausschuss unmittelbar in Verhandlung zu nehmen, ist somit mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit **angenommen**.

Ich werde daher den Beschluss des Nationalrates vom 15. März 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Errichtung des COVID-19-Krisenbewältigungsfonds (COVID-19-FondsG) und ein Bundesgesetz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 (COVID-19-Maßnahmengesetz) erlassen sowie das Gesetzliche Budgetprovisorium 2020, das Bundesfinanzrahmengesetz 2019 bis 2022, das Bundesgesetz über die Einrichtung einer Abbaubeteiligungsaktiengesellschaft des Bundes, das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, das Arbeitsmarktservicegesetz und das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz geändert werden (COVID-19 Gesetz) (396/A und 102 der Beilagen sowie 10287/BR der Beilagen) als 1. Punkt sowie

den Beschluss des Nationalrates vom 15. März 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Schulunterrichtsgesetz, das Schulunterrichtsgesetz für Berufstätige, Kollegs und Vorbereitungslehrgänge und das Bundesgesetz über die Berufsreifeprüfung geändert werden (103 der Beilagen) als 2. Punkt beziehungsweise



**Präsident Robert Seeber**

den Beschluss des Nationalrates vom 15. März 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Strafprozessordnung 1975 geändert wird (104 der Beilagen) als 3. Punkt und

den Beschluss des Nationalrates vom 15. März 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Wirtschaftskammergesetz 1998 geändert wird (105 der Beilagen) als 4. Punkt auf die heutige Tagesordnung stellen.

Wird zur Tagesordnung das Wort gewünscht? – Es ist dies nicht der Fall.

### **Behandlung der Tagesordnung**

**Präsident Robert Seeber:** Aufgrund eines mir zugekommenen Vorschlages beabsichtige ich, die Debatten über die Tagesordnungspunkte 1 bis 4 unter einem zu verhandeln.

Erhebt sich dagegen ein Einwand? – Das ist nicht der Fall.

Wir gehen daher in die Tagesordnung ein.

#### **1. Punkt**

**Beschluss des Nationalrates vom 15. März 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Errichtung des COVID-19-Krisenbewältigungsfonds (COVID-19-FondsG) und ein Bundesgesetz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 (COVID-19-Maßnahmengesetz) erlassen sowie das Gesetzliche Budgetprovisorium 2020, das Bundesfinanzrahmengesetz 2019 bis 2022, das Bundesgesetz über die Einrichtung einer Abbaubeteiligungsaktiengesellschaft des Bundes, das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, das Arbeitsmarktservicegesetz und das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz geändert werden (COVID-19 Gesetz) (396/A und 102 d.B. sowie 10287/BR d.B.)**

#### **2. Punkt**

**Beschluss des Nationalrates vom 15. März 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Schulunterrichtsgesetz, das Schulunterrichtsgesetz für Berufstätige, Kollegs und Vorbereitungslehrgänge und das Bundesgesetz über die Berufsreifeprüfung geändert werden (103 d.B.)**

#### **3. Punkt**

**Beschluss des Nationalrates vom 15. März 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Strafprozessordnung 1975 geändert wird (104 d.B.)**

#### **4. Punkt**

**Beschluss des Nationalrates vom 15. März 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Wirtschaftskammergesetz 1998 geändert wird (105 d.B.)**

**Präsident Robert Seeber:** Wir gelangen nun zu den Punkten 1 bis 4 der Tagesordnung, über welche die Debatten unter einem durchgeführt werden.

Wir gehen in die Debatte ein.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Bundesminister Blümel. Ich erteile ihm dieses.

**Bundesminister für Finanzen Mag. Gernot Blümel, MBA**

14.43

**Bundesminister für Finanzen Mag. Gernot Blümel, MBA:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einem großen Dank an Sie alle beginnen, dass Sie so schnell bereit waren, auch am Wochenende zusammenzukommen. Es ist zweifellos eine Ausnahmemassnahme in einer außergewöhnlichen Situation. Vielen Dank für Ihre Bereitschaft! Ohne diese wäre es nicht möglich gewesen, das Paket, das wir zugunsten der Österreicherinnen und Österreicher geschnürt haben, um sie besser durch die Krise zu bringen, auch umsetzen zu können.

Ich möchte einen Schritt zurückgehen. Wir alle sehen ja die Bilder, die auf den Fernsehschirmen in den Wohnzimmern gezeigt werden. Wir alle sehen, was in Italien passiert. Wir alle fühlen mit denen, die Angehörige verloren haben, und wir alle wissen, auch in Österreich kann es immer öfter dazu kommen.

Ich möchte – aus Sicht des Finanzministers – meine letzte Woche Ihnen gegenüber ganz persönlich Revue passieren lassen. Sie wissen ja, kommende Woche hätte ich meine erste Budgetrede halten, mein erstes Budget vorlegen dürfen. Wir haben das Budget die letzten Monate mit allen Ressorts verhandelt; seit Jänner faktisch auf Basis der Annahme, dass das Wirtschaftswachstum in Österreich heuer real circa 1,2 Prozent betragen würde. Wir haben auf Basis dieser Einnahmenschätzung das Budget mit allen Ressorts gemacht und hart verhandelt. Jeder hat versucht, das Beste herauszuholen, egal ob das Justiz, Sicherheit, Verteidigung oder andere Bereiche waren.

Als wir das Budget soweit fertig hatten, habe ich meine Budgetrede auf Basis dieser Verhandlungen entworfen. Ich war heute vor einer Woche ziemlich fertig damit und habe mich letzten Montag nochmal hingesezt und überlegt: Passt die eine oder andere Formulierung, muss man da noch einen Beistrich einfügen oder nicht, ganz kleine Wörter ändern?

Ich habe noch letzten Montag eine OTS von einem Wirtschaftsforschungsinstitut in Österreich gelesen, in welcher gestanden ist, dass der Konjunkturtest ergeben hat: bisher keine Auswirkungen des Coronavirus auf das Wirtschaftswachstum! – Das war Montag vor einer Woche. Am Dienstag haben wir erste Meldungen hereinbekommen, dass es vielleicht doch anders sein könnte. Die Bundesregierung hat Maßnahmen gesetzt, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen wie Verbote von Veranstaltungen über 100 Personen innerhalb von Räumen et cetera.

Da habe ich mir gedacht: Na ja, das wird wohl auch Auswirkungen auf das Budget haben! Ich habe mir noch einmal die Rede hergenommen, sie durchgeschaut und versucht, auf die Krise entsprechend einzugehen. Dann habe ich mit einigen Wirtschaftsforschern telefoniert und sie um eine Einschätzung gebeten, ob sich unsere Berechnung noch ausgehen kann – wir hätten einen Überschuss von 300 Millionen Euro budgetiert gehabt. Sie haben dann schon gemeint, es könnte ein bisschen schwierig werden, das Wachstum gehe runter, 0,1 Prozent, 0,2 Prozent, 0,3 Prozent, einer hat gesagt, 0,37 Prozent. Da habe ich mir gedacht, dass es mit der Schätzung eng wird.

Am Mittwoch habe ich die Budgetrede in den Mistkübel geschmissen, als klar war, dass wir in einer gänzlich anderen Welt leben werden, als wir sie uns noch vor ein paar Wochen vorgestellt haben. Vieles von dem, was wir als normal angesehen haben, wird einfach nicht mehr so sein. Ab Mittwoch sind wir gesessen und haben versucht, das Ausmaß der möglichen Auswirkungen zu erfassen.

Wir haben uns gleich hingesezt und ein Maßnahmenpaket nach drei Prioritäten geschnürt. Wir haben gesagt: Erstens muss genügend Geld für die Gesundheit der Menschen in diesem Land sichergestellt werden, zweitens müssen wir so viele Arbeitsplätze wie möglich in Österreich erhalten, um möglichst gut durch diese Krise, die hof-

**Bundesminister für Finanzen Mag. Gernot Blümel, MBA**

fentlich irgendwann auch bald vorüber ist, zu kommen, und drittens müssen wir es schaffen, dass die Menschen auch in der Krise ihre Fixkosten – ihre Mieten, ihre Kreditraten; was auch immer zum täglichen Leben gehört – decken können.

Auf Basis dieser Vorgaben haben wir versucht, möglichst schnell ein möglichst umfassendes Paket zu schnüren. Dafür möchte ich mich bei allen Ministerien und bei den Sozialpartnern, die mitgewirkt haben, bedanken. Alle sind einen Schritt aufeinander zugegangen und haben in stundenlangen, nächtelangen Verhandlungen bis gestern in der Früh ein Paket geschnürt, das sich, glaube ich, sehen lassen kann. Darin geht es genau darum, dass wir genügend Geld bereitstellen, um in einem ersten Schritt die schlimmsten Auswirkungen der Krise, die abzusehen sind, abzufedern.

Ist es ein perfektes Paket? – Darauf sage ich: Natürlich nicht! Was aber ist in dieser Situation schon die perfekte politische Maßnahme? Zeigen Sie mir eine Person in ganz Österreich oder auf der ganzen Welt, die mir garantiert sagen kann, wie lange die Krise dauert, wie schwer sie wird, was es alles bedeuten wird! – Sie werden niemanden finden. Auf Basis dieser Unsicherheit müssen wir natürlich die Maßnahmen setzen, die wir setzen – wichtig ist: so schnell wie möglich und so unbürokratisch wie möglich.

Aus diesem Grund haben wir uns auch davon verabschiedet, dass es in diesem Jahr einen ausgeglichen Haushalt gibt. Gestern noch bin ich von jemandem darauf angesprochen worden, der gemeint hat: Na ja, jetzt haben Sie lange davon gesprochen, dass Sie einen ausgeglichenen Haushalt wollen! – Ganz ehrlich: Die Person hat die Situation noch nicht erfasst. Natürlich kann man sagen, dass ein ausgeglichener Haushalt wichtig ist, aber die Gesundheit der Menschen in diesem Land, die Arbeitsplätze und auch das Erhalten des Standortes sind wesentlich wichtiger als jedes Nulldefizit.

Mit den Maßnahmen, die wir vorgelegt haben, hoffen wir, einen ersten Schritt dazu beizutragen, dass die schlimmsten Auswirkungen unmittelbar abgefedert werden können. Wenn es notwendig ist, werden wir Sie wieder bitten, zusammenzutreten, denn dann müssen wir weitere Maßnahmen setzen. – Vielen Dank. *(Allgemeiner Beifall.)*

14.49

**Präsident Robert Seeber:** Danke, Herr Minister.

Zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Karl Bader. Ich erteile ihm dieses.

14.50

**Bundesrat Karl Bader** (ÖVP, Niederösterreich): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Bundesministerin! Sehr geehrter Herr Bundesminister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Damen und Herren vor den Fernsehgeräten oder via Livestream! Es ist bestimmt eine ungewöhnliche Situation, unter der wir heute hier im Bundesrat zusammentreten – eine Situation, die wir so nicht kennen. Auch schon die Sitzordnung zeigt, dass es ganz anders ist.

Ich möchte mit einem Zitat aus einem Bericht von Gerald Heidegger auf orf.at beginnen – von gestern oder vorgestern, glaube ich. Schon die Überschrift zu diesem Bericht dokumentiert das, was derzeit das wohl wichtigste Thema in dieser Republik ist. Sie lautet: „Wenn nichts mehr selbstverständlich ist“.

Ich zitiere: „Die ‚Coronavirus-Krise‘ stellt“ uns alle „vor eine große Herausforderung. Nichts, was im Alltag selbstverständlich gewesen ist, ist es“ in dieser Sonder- und Krisensituation. „Werden wir ausreichend versorgt sein? Wie lange werden Maßnahmen dauern? Welches Handeln ist das richtige? Diese Fragen beschäftigen gerade alle. Verunsichert würden wir von der momentanen Situation vor allem [...], weil wir verlernt haben, für uns selbst zu sorgen.“ – Das sagt der Kunst- und Kulturhistoriker Johannes Domsich im Gespräch mit dem ORF.

**Bundesrat Karl Bader**

Weiters: „Wir sind gewohnt, dass es für jeden Bereich unseres Lebens einen Zuständigen gibt. Den Hausarzt, das Gesundheitssystem“, jemanden, der für das fertige Essen sorgt und vieles, vieles mehr. „Was ist wichtig in der Krise?“, fragt er weiter. „Es braucht die Sicherheit des öffentlichen Raums“, des öffentlichen Lebens, „die Sicherheit der Strom- und Wasserversorgung, und da sind wir eines der am besten vorbereiteten Länder dieser Welt“, ist Domsich überzeugt: „Die Bevölkerung geht auch jetzt bei allen anderen Irritationen davon aus, dass diese Dinge funktionieren.“

Ja, die aktuelle Situation ist eine außerordentliche Situation, wie wir sie seit dem Zweiten Weltkrieg ganz gewiss nicht erlebt haben – eine außerordentliche Situation, die außerordentliche Maßnahmen, ja sogar drastische außerordentliche Maßnahmen braucht, in der die oberste Priorität in der Setzung dieser Maßnahmen die Gesundheit der Menschen hat, um möglichst viele Menschen gesund zu halten.

Daher danke ich an dieser Stelle allen, ganz oben beginnend dem Herrn Bundeskanzler und Vizekanzler, den Regierungsmitgliedern, die die Hauptverantwortung tragen – Gesundheitsminister, Innenminister –, und allen anderen Mitgliedern der Bundesregierung genauso wie den Sozialpartnern, allen, die in den Stäben jetzt Tag und Nacht fast Übermenschliches für uns, für das Krisenmanagement leisten – ein Krisenmanagement mit höchster Kompetenz, Sachlichkeit und Qualität und ein Krisenmanagement aus einem Guss, so wie es sich die Bevölkerung ganz einfach jetzt erwartet. Sie alle leisten Großartiges, dafür ein ganz, ganz großes Danke sehr. *(Beifall bei der ÖVP sowie bei BundesrätInnen von SPÖ und FPÖ.)*

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Bundesrat! Heute und jetzt sind wir, das Parlament, gefordert. Es wurde eingangs vom Herrn Präsidenten und vom Herrn Bundesminister schon gesagt, am Wochenende treten Nationalrat und Bundesrat zusammen, um zu beweisen, dass wir auch bereit sind, unseren wesentlichen Beitrag zu diesem Krisenmanagement zur Bewältigung dieser Krise in unserem Land zu leisten. Ja, wir werden diesen Beitrag heute auch gemeinsam leisten. Daher danke ich jetzt schon ausdrücklich allen Fraktionen dafür, dass wir in dieser Situation genauso zusammenstehen, wie es die Regierungs- und Staatsspitze von jedem einzelnen Staatsbürger, von jeder einzelnen Staatsbürgerin erbittet und auch erwartet.

Jetzt ist die Zeit für die ganz große, besondere Verantwortung für die Menschen in Österreich. Mit dem heutigen Beschluss schaffen wir die gesetzlichen Grundlagen dafür, damit das Herunterfahren des Staates, wie es unser Herr Bundeskanzler gestern deutlich formuliert hat, mit den dringendst erforderlichen Maßnahmen auch rechtlich korrekt geschehen kann, wie es sich für einen Rechtsstaat gehört, und dass unser Staat in dieser Situation auch weiter funktionsfähig gehalten wird.

Das Wichtigste ist die Gesundheit. Wie oft haben wir das schon zum einen oder anderen gesagt. Ich glaube, im Moment sind wir gerade in einer Situation, in der dieser Ausspruch, dass die Gesundheit das wohl Wichtigste ist, eine ganz andere Dimension und Bedeutung bekommen hat.

Die Ausbreitung des Coronavirus hat große gesundheitliche Auswirkungen auf uns alle, aber auch Auswirkungen auf die heimische Wirtschaft, auf Unternehmen und vor allem auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Unternehmen. Deshalb wurde eben dieses Coronakrisenbewältigungspaket mit einer Summe von 4 Milliarden Euro geschnürt, als ein erster wesentlicher Schritt, um einige Ziele sicherzustellen – der Herr Bundesminister hat es angesprochen –: zuerst natürlich das Gesundheitssystem entsprechend fit zu halten, die Zahlungsfähigkeit der Betriebe zu erhalten, Arbeitsplätze zu sichern, für Hilfe in besonderen Härtefällen zu sorgen.

Darüber hinaus soll aber auch der Betrieb vieler Bereiche, die zum täglichen Leben gehören – die selbstverständlich funktionieren –, in dieser außerordentlichen Situation

**Bundesrat Karl Bader**

gewährleistet werden. Ich denke an den Tagesordnungspunkt, bei dem es um die Zentralmatura und andere Prüfungen geht, oder jenen, bei dem es um die Verordnungsermächtigung für die Frau Justizministerin geht. All das ist etwas, was dazu beitragen kann und soll, damit wir da leichter durchkommen.

So danke ich nochmals für die Unterstützung der vorliegenden Gesetzesbeschlüsse durch alle Fraktionen und den damit eindrucksvoll dokumentierten nationalen Schulterschluss in dieser Ausnahmesituation. Wir schaffen mit diesem ersten Schritt die Grundlage dafür, dass wir nach dieser Pandemie wieder gut und gestärkt in die Zukunft blicken, ja starten können, wobei wir heute noch nicht absehen können, wie das noch werden wird.

Ich danke daher von dieser Stelle aus auch allen Menschen in Österreich, die jetzt gefordert sind, die nicht zu Hause bleiben können, die Dienst tun und Dienst tun müssen: im Bereich der Gesundheit und Pflege, der Exekutive, in den Behörden, den KindergartenpädagogInnen und MitarbeiterInnen in Kindergärten, Volksschulen, Neuen Mittelschulen, Unterstufen, die offen haben werden, um die Kinderbetreuung sicherzustellen, und ganz besonders natürlich allen, die in der Lebensmittelversorgung tätig sind, und jenen, die diese Lebensmittelversorger versorgen, nämlich den Bäuerinnen und Bauern, den Landwirten in unserer Republik, die für diese Lebensmittel zuständig sind, die diese Versorgungssicherheit immer herstellen und gerade in dieser Situation besonders gefordert sind. (*Allgemeiner Beifall.*) Diese Versorgungssicherheit ist in unserem Land gewährleistet. Das möchte ich auch allen sagen, die jetzt dort und da unterwegs sind, um Hamsterkäufe zu tätigen. Die Versorgung ist sichergestellt und es ist von allem genug da.

Ich möchte noch einmal auf den Bericht von Heidegger zurückkommen. „Sind gewohnt, dass alles schnell geht“, darf ich daraus zitieren. Grundlegend ist der Mensch – und wir sind es in der Gegenwart – gewohnt, dass alles schnell geht, und verzweifelt dann, wenn etwas nicht so schnell geht. Es wird dauern, bis es entsprechende Impfungen, auch Medikamente geben wird, um diesen Virus abzutöten. Es wird noch einige Zeit dauern und wir müssen in dieser Zeit auch die Ruhe bewahren.

„Isolation in jeglicher Form“ – heißt es im Bericht weiter – „biete die Chance, sich auf jene Dinge zu besinnen, die wirklich wichtig“ im Leben sind, erkennt Domsich. „Viele Menschen kommen gerade in der jetzigen Situation drohender Isolationen drauf, wie wichtig soziale Nähe ist.“ Und: „Wenn die arbeitsteiligen Abläufe versagten, würden wir erst merken, was wir alles nicht können oder eben nicht mehr können.“

Ich denke, dass wir alle in den nächsten Wochen Zeit finden werden, um darüber nachzudenken und auch darüber nachzudenken, dass es nach dieser Krise ein Leben geben wird, das sich in vielen Bereichen anders darstellen wird.

Ich darf folgenden Antrag zu diesem Punkt einbringen:

**Antrag**

der BundesrätInnen Karl Bader, Korinna Schumann, Marco Schreuder, Kolleginnen und Kollegen

„Die unterzeichneten Bundesrätinnen und Bundesräte stellen gemäß § 43 Abs. 1 GO-BR den Antrag, gegen den Beschluss des Nationalrates vom 15. März 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Errichtung des COVID-19-Krisenbewältigungsfonds (COVID-19-FondsG) und ein Bundesgesetz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 (COVID-19-Maßnahmengesetz) erlassen sowie das Gesetzliche Budgetprovisorium 2020, das Bundesfinanzrahmengesetz 2019 bis 2022, das Bundesgesetz über die Einrichtung einer Ab-

**Bundesrat Karl Bader**

baubeteiligungsaktiengesellschaft des Bundes, das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, das Arbeitsmarktservicegesetz und das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz geändert werden (COVID-19 Gesetz) (396/A sowie 102 d.B) (TOP 1) – soweit dieser dem Mitwirkungsrecht des Bundesrates unterliegt – keinen Einspruch zu erheben.“

\*\*\*\*\*

Schließen möchte ich mit einem Appell unseres Bundeskanzlers: Bleiben Sie daheim! Ab morgen wird unsere Republik auf ein Minimum, auf einen sogenannten Notbetrieb heruntergefahren. Es gibt nur drei Gründe, aus dem Haus zu gehen, und die wurden kommuniziert: zur Arbeit zu gehen, dringende Besorgungen zu erledigen oder Menschen zu helfen, die sich selbst nicht helfen können. Es gilt, zusammenzustehen, zusammenzuhalten und diese schwierige Zeit bestmöglich zu meistern.

Vielen Dank! Wir werden den Gesetzesvorlagen gerne unsere Zustimmung erteilen.  
(*Beifall bei ÖVP und Grünen sowie bei BundesrätInnen der SPÖ.*)

15.01

**Präsident Robert Seeber:** Der eingebrachte Antrag ist genügend unterstützt und steht somit mit in Verhandlung.

Zu Wort gemeldet ist Frau Bundesrätin Korinna Schumann. Ich erteile ihr dieses.

15.01

**Bundesrätin Korinna Schumann** (SPÖ, Wien): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Frau Bundesministerin! Werter Herr Bundesminister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuseherinnen und Zuseher! Wir befinden uns in einer Zeit besonderer Herausforderungen, einer außergewöhnlichen Zeit, einer Zeit der Ängste, Sorgen und Unsicherheiten für alle – Ängste um die Gesundheit der Angehörigen, um die eigene Gesundheit, um den Arbeitsplatz, um den Betrieb, Angst vor Einsamkeit und davor, zurückgelassen zu werden. Es gilt, Ruhe zu bewahren und besonnen zu handeln.

Alle Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung dieses Virus sind zu unterstützen, doch ist bei allen Maßnahmen auch klar, dass man Beschränkungen wie die Ausgangssperre nur für die Zeit der Virusbekämpfung veranlassen kann. Bitte halten wir uns an die fundierte Berichterstattung des ORF und glauben nicht Fakenews, die Unsicherheit verbreiten, und teilen wir keine Fakenews! Es gilt, eng zusammenzuarbeiten und alle Kräfte zu bündeln. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind dazu natürlich bereit.

Vor allen Dingen gilt es aber, Dank an alle zu sagen, die jetzt helfen, die Gesundheitsversorgung sicherzustellen – die Ärztinnen und Ärzte, Krankenpfleger und -pflegerinnen, die MitarbeiterInnen der Blaulichtorganisationen –, der Exekutive, ebenso wie allen, die einen Rest von alltäglichem Leben ermöglichen – die Beschäftigten im Handel, in den Apotheken, in den Banken. (*Allgemeiner Beifall.*)

Es ist auch jenen zu danken, die in der Verwaltung arbeiten, im AMS, in den Ministerien, in den Behörden, die dabei helfen, die Maßnahmen, die wir beschließen werden, auch wirklich auf Schiene zu bringen. Sie brauchen wir, um sicherzustellen, dass diese Maßnahmen ganz rasch umgesetzt werden und die Leistungen auch direkt und schnell bei den Menschen ankommen – auch bei jenen, die selbst keinen PC haben. Das ist uns ganz, ganz wichtig!

Großartig verhält sich die Zivilgesellschaft im Zusammenstehen und in den vielen Bereichen, in denen sich einfach umeinander gekümmert wird. (*Allgemeiner Beifall.*)

Ein starker handlungsfähiger Staat ist jetzt wichtiger denn je. Für alle Sorgen und Ängste der Menschen um ihre Existenz – und die haben sie wirklich – brauchen wir

**Bundesrätin Korinna Schumann**

einen sicheren, lückenlosen Schutzschirm. Wir brauchen diesen starken Schutzschirm für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die Wirtschaft, damit der Schaden dieser Krise so gut es geht von den Menschen abgewendet oder zumindest abgedeckt wird. Es ist dringend geboten, das notwendige Geld zur Bekämpfung der Krise und zur Überbrückung in die Hand zu nehmen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten des Bundesrates sind sehr froh, dass uns nicht auch noch die Last einer Schuldenbremse bedrückt, die uns jetzt im wahrsten Sinne gebremst hätte. *(Beifall bei SPÖ und Grünen.)*

Es geht im Wesentlichen um die Unterstützung von Unternehmen und die Sicherung von Arbeitsplätzen. Es geht um Existenzen und um Schicksale. Der Herr Bundesminister hat es angesprochen: Die Mieten müssen bezahlt, vielleicht auch ein Kredit bedient und Notwendiges angeschafft werden. Niemand darf zurückgelassen werden und die Hilfe muss rasch und direkt zu den Menschen kommen.

Heute treten wir in eine noch stärkere Phase der Virusbekämpfung ein: Ausgangsbeschränkungen, großflächige Schließungen von Geschäften, von Lokalen, von ganzen Tourismusgebieten. All das hat auch extreme Auswirkungen auf die Wirtschaft und natürlich auf die Betriebe und die Lieferketten. Das führt zu großer Arbeitslosigkeit und diese muss eingedämmt werden.

In dieser schwierigen Situation zeigt sich erneut: Die Sozialpartnerschaft ist ein tragfähiges Modell. *(Beifall bei SPÖ, ÖVP und Grünen.)* Das im Schulterschluss mit den Sozialpartnern verhandelte Modell der Coronakurzarbeit sollte von den ArbeitgeberInnen unbedingt genutzt werden. Es wird auch eine Zeit nach der Krise geben, dann muss die Wirtschaft wieder hochfahren, und es gilt, die Kaufkraft der Menschen zu sichern. Jede Kündigung bringt das soziale Netz unter Spannung, und das muss verhindert werden.

Im Coronakurzarbeitsmodell haben GeringverdienerInnen die größte Nettoersatzrate bei den Soforthilfemaßnahmen, weil es auch soziale Staffelung braucht. Es muss klar sein, dass die Nettoersatzrate bei Arbeitslosigkeit nur 55 Prozent beträgt. Das verhindert das Coronakurzarbeitsmodell.

Es muss aber auch gesagt werden, dass wir heute ebenso beschließen, einen Teil des Epidemiegesetzes aufzuheben, nämlich genau jenen Teil, der die Unterstützungsleistung und Entgeltfortzahlung garantiert, und damit – das muss gesagt werden – haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wirklich ein Problem. Das haben wir auch im Nationalrat kritisiert. Daher bringen wir auch im Bundesrat einen diesbezüglichen Entschließungsantrag ein. Uns ist es wichtig, dass die Hilfe bei den Menschen ankommt, und wir wollen, dass Unternehmen bis zu 25 ArbeitnehmerInnen die volle Entschädigung für den Verdienstentgang und für die Löhne erhalten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es geht eindeutig um die sofortige Hilfe für kleine und Kleinstbetriebe und ihre Beschäftigten, für jene, die ganz stark um ihre Existenz bangen. Es geht um den Friseurbetrieb, es geht um das Nagelstudio, die Autowerkstatt, die Blumenhandlung und alle jene Kleinstunternehmen – 190 000 in Österreich, die 300 000 Beschäftigte haben –, an denen 300 000 Existenzen hängen.

Ich darf in Erinnerung rufen, dass in der Krise 2008 für die Bankenrettung ein weit höherer Milliardenbetrag locker gemacht wurde. Ich darf auch den ÖGB-Präsidenten Katzian zitieren, der sagte: Hieß es damals manchmal, manche Banken seien too big to fail, müssen wir heute sagen, es geht um die Menschen, die too many to fail sind. – Zitatende.

2008 war das dreifache Budget vorhanden. Sehr geehrte Damen und Herren, machen wir weitere wichtige und mutige Schritte, wenn es darum geht, der Bevölkerung direkt und rasch zu helfen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Bundesrätin Korinna Schumann**

Sehr geehrte Damen und Herren, es gilt, zusammenzuhalten, den Schutzschirm zur Absicherung der Existenzen der Menschen weit aufzuspannen, einfach zu helfen und niemanden zurückzulassen. *(Beifall bei SPÖ und Grünen sowie bei BundesrätInnen von ÖVP und FPÖ.)*

15.08

**Präsident Robert Seeber:** Zu Wort gemeldet ist Frau Bundesrätin Monika Mühlwerth. Ich erteile ihr dieses.

15.08

**Bundesrätin Monika Mühlwerth** (FPÖ, Wien): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Minister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren, die Sie uns heute zuschauen! Sie, Herr Minister Blümel, sind ja gerade vor eineinhalb Wochen Vater einer kleinen Tochter geworden, zu der ich Ihnen sehr herzlich gratulieren möchte. Ich denke, gerade in diesen Zeiten würden Sie lieber mehr Zeit mit Ihrer kleinen Tochter und Ihrer Familie verbringen, als diese außergewöhnliche Krise bewältigen zu müssen, wofür ich ja Verständnis habe, aber die Dinge sind nun einmal, wie sie sind, die haben Sie sich auch nicht ausgesucht – daher: alles Gute!

Wir haben ja immer gesagt, wie wichtig die Globalisierung ist, damit ein weltweiter Handel stattfinden kann, wie gut das für die Wirtschaft ist und wie wichtig das ist. Wir sehen, wie verletzlich dieses System ist, wie schnell nämlich auch ein kleines Virus ganz global zuschlagen und uns in diese Krise bringen kann, in der wir jetzt sind. Vielleicht können wir einmal innehalten und in diesem Zusammenhang – wenn wir die Krise bewältigt haben werden – darüber nachdenken, ob die verschiedenen Rufe nach Renationalisierung so falsch waren, ob es nicht vielleicht doch sinnvoll wäre, gewisse Produktionsstätten wieder zurück nach Europa zu holen, weil wir ja jetzt sehen, wie eingeschränkt wir sind, weil wir aus Kostengründen viele Produktionsstätten außerhalb Europas ausgelagert haben. Ich denke, dass diese Krise überhaupt in vielen Bereichen ein gewisses Nachdenken erfordern wird und dieses hoffentlich auch zustande kommen lassen wird.

Ich bin schon lange im Parlament, aber ich habe noch nie erlebt, dass in dieser Geschwindigkeit eine Sondersitzung möglich war, wirklich von hier auf jetzt. Es ist auch für mich – nicht ganz, aber so uneingeschränkt schon – das erste Mal – auch wenn jeder von uns gewisse Bedenken und gewisse Kritik anzubringen hat –, dass wir hier gemeinsam wirklich einen Schulterschluss über die Parteigrenzen hinweg, über alle Ideologien hinweg zustande bringen. Darauf, glaube ich, können wir und darauf kann Österreich stolz sein! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP sowie bei BundesrätInnen der SPÖ.)*

Es sind von meinen Kollegen, die vor mir gesprochen haben, schon alle Maßnahmen aufgezählt worden, die notwendig sind, damit wir gut aus dieser Krise herauskommen und die Verbreitung dieses Virus eindämmen können. Auch unser Dank richtet sich an alle, die noch draußen sind, aber auch – das möchte ich auch noch extra erwähnen – an die Mitarbeiter dieses Hauses *(allgemeiner Beifall)*; die Mitarbeiter, die heute hier sitzen und unsere Reden mitstenografieren und aufzeichnen; die Mitarbeiter, die schauen, dass der Parlamentsbetrieb geregelt ablaufen kann; die Mitarbeiter, die die Anträge ausfertigen und verteilen. – Ihnen allen wirklich herzlichen Dank!

Herzlichen Dank selbstverständlich auch an jene, die im Gesundheitssystem arbeiten, an die Mitarbeiter – nicht nur die, die an der Kassa sitzen – in den Supermärkten, die es jetzt auch nicht ganz leicht haben, an die Lehrer, an die Kindergartenpädagoginnen, die ab nächster Woche für jene zur Verfügung stehen werden – unter anderem auch für alleinerziehende Mütter; es wird auch ein paar Väter geben, aber in der Mehrzahl sind es Frauen –, die keine Betreuungsmöglichkeit haben, weil die logische Betreuungsmöglichkeit, nämlich Oma und Opa, jetzt ausfallen, weil wir ja gesagt haben, es ist



**Bundesrätin Monika Mühlwerth**

wichtig, die Älteren zu schützen. All jenen, die ich vergessen habe, aufzuzählen, die mithelfen, dieses System in Gang zu halten, sei unser großer Dank ausgesprochen! (*Allgemeiner Beifall.*)

Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal – ich habe das schon vergangenen Donnerstag getan – einen Appell an unsere jungen Mitbürger richten. Am Donnerstag, als man schon gesagt hat, man soll größere Zusammenkünfte meiden und möglichst Abstand zueinander halten, bin ich nach Ende der Sitzung zu Fuß über den Heldenplatz gegangen und an den Museen vorbeigegangen. Die Wiese war voll mit jungen Menschen, die in großen Gruppen zusammengesessen sind und den ersten Frühlingstag genossen haben. Das verstehe ich zwar irgendwie, aber die jungen Leute sollen nicht vergessen: Auch sie sind nicht unverwundbar! Ich weiß natürlich, wenn man jung ist, hält man sich einfach für unverwundbar, denkt man, da kann einem nichts passieren – das haben wir auch so gehandhabt –, aber in dieser Situation kann man es ihnen gar nicht oft genug sagen, dass sie erstens auch für sich selbst verantwortlich sind, aber zweitens eben auch für den Nächsten. Wir müssen wieder zu einem Denken zurückkommen, in dem es nicht nur um uns selber geht, sondern eben auch um die anderen. Das müssen wir ihnen wahrscheinlich noch ein paar Mal sagen, sie werden es irgendwann – hoffentlich bald und rechtzeitig – verinnerlichen.

Die Maßnahmen, die nun mit diesen Anträgen gesetzt werden, werden wir selbstverständlich unterstützen, denn das muss auch so sein. Selbstverständlich gibt es aber auch immer, wenn man sich im Großen und Ganzen einig ist, doch ein paar Vorschläge, bei denen man sagt, das hätte man vielleicht noch ein bisschen anders, ein bisschen besser machen können. Auch wenn ich weiß, dass man natürlich immer hinterher gescheiter ist und dann weiß, was man wann wie hätte tun können, sage ich doch auch namens der FPÖ: Einige Dinge haben wir schon viel früher vorgeschlagen und damals ist noch nicht darauf reagiert worden. Einiges ist hinterfragenswert, und ich habe das heute schon festgestellt und auch mit meinen Kollegen besprochen.

Die Leute sind sehr verunsichert, sie wissen überhaupt nicht, was jetzt wie gilt, was wann zu tun ist. Wir haben viele, viele Fragen gestellt bekommen, worauf wir geantwortet haben, wir wissen es auch nicht so genau, weil es ja darauf ankommen wird, wie der Minister das verordnen wird. Die Leute wollen es aber halt wissen und haben irgendwie keine Ahnung, was sie tun sollen.

Wir finden, dass mit diesen Maßnahmen auch einiges schlechter gestellt wird, was Frau Kollegin Schumann im Zusammenhang mit dem Epidemiegesetz schon angesprochen hat und was mein Kollege Schilchegger dann noch weiter ausführen wird.

Wir finden die Bürokratie überbordend; da muss dringend zurückgefahren werden, denn mit einer überbordenden Bürokratie werden wir uns selber nicht helfen.

Ich wünsche mir von der Regierung, dass sie von ihrem üblichen Reflex abgeht, Oppositionsanträge generell abzulehnen (*Beifall bei der FPÖ*), und sich gerade in dieser Krise auch die Vorschläge der Opposition genauestens anschaut, diese prüft und gegebenenfalls auch etwas davon übernimmt. Sie haben das alles sehr schnell ausarbeiten müssen. Auch wenn man es bestmöglich machen möchte und man sich wirklich bemüht, keine Fehler zu machen, kann in der Geschwindigkeit immer irgendetwas durchrutschen. Daher noch einmal meine Bitte: Lehnen Sie nicht alles von der Opposition ab, sondern schauen Sie: Was kann man da noch einbauen, was ist vernünftig, was ist richtig? – Das, glaube ich, wäre ein guter Schritt, der einem gemeinsamen Schulterschluss sicher guttäte. (*Beifall bei der FPÖ und bei BundesrätInnen der SPÖ.*)

Ich habe mir schon in der letzten Woche bei den angekündigten Sicherheitsmaßnahmen gedacht, dass sie so scheibchenweise daherkommen. Ich glaube nicht, dass die Regierung das wirklich immer erst aus der Situation heraus getan hat. Ich bin am

**Bundesrätin Monika Mühlwerth**

Donnerstag, am Nachmittag, von jemandem gefragt worden, ob es stimmt, dass eine Ausgangssperre kommt. Ich habe gesagt: Ich weiß nichts davon! – Wir haben ja alle nichts davon gewusst. Diese Person hat mir gesagt, sie hätte das aber aus einer ganz sicheren Informationsquelle und diese Weise in Richtung Regierung.

Das heißt aber, Sie haben schon letzte Woche gewusst, was noch alles nötig sein wird. Ich glaube, dass es auch für die Bevölkerung wichtig ist, ihr in einem Paket zu sagen, was jetzt nötig sein wird, weil dieses scheinbarweise Verkünden von Maßnahmen die Menschen zusätzlich verunsichert. Das ist nicht etwas, bei dem ich merke, dass die Menschen dadurch mehr Sicherheit gewinnen, sondern, ganz im Gegenteil, das verunsichert sie noch zusätzlich. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ja, wir müssen die Älteren schützen; das ist ja oft genug betont worden. Wir sollen aber auch nicht so tun, als ob wir sie jetzt generell unter einen Quargelsturz stellen müssen, weil jede und jeder Ältere fast vom Tode bedroht ist. Wir sehen weltweit, wie viele wirklich alte Menschen auch noch arbeiten und wie fit sie eigentlich noch sind, aber ja, ich verstehe das schon – vor allem, wenn man Vorerkrankungen hat, und auch wenn man sich fit fühlt, hat man schon ein paar Wehwehchen, wenn man einmal älter ist –, dass man besonders auf sie schaut, aber noch einmal: Auch die Jungen müssen auf sich selber schauen. Wir müssen auch noch einige Maßnahmen setzen, gerade was die Jugend betrifft. Viele junge Menschen haben die Matura vor sich. Einige haben Schulschikurse gemacht.

Wir müssen auch die Wirtschaft schützen. Wir müssen schauen, dass es nach der Krise, die wir hoffentlich bald überwunden haben werden, weitergeht, dass die Wirtschaft möglichst bald wieder auf die Beine kommt. Was diese ganzen abgesagten Schulschikurse, Sprachreisen und was es da sonst noch alles in der Schule gibt, betrifft, gibt es aus unserer Sicht jetzt noch immer keine klare Regelung dazu, wie mit Stornogebühren, Kostenersätzen et cetera umgegangen werden soll. Das abzuwälzen oder die Eltern und die Lehrer damit alleine zu lassen halten wir für den falschen Weg, daher bringe ich folgenden Antrag ein:

**Entschließungsantrag**

der BundesrätInnen Monika Mühlwerth, Kolleginnen und Kollegen

betreffend „vollständiger Kostenersatz für aufgrund der COVID-19-Krise abgesagte Schulveranstaltungen“

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung sicherzustellen, dass Eltern und Lehrern für Aufwendungen, die ihnen aufgrund der Absage von Schulveranstaltungen infolge der COVID-19-Krise entstanden sind, vollständiger Kostenersatz gewährt wird.“

\*\*\*\*\*

Ich hoffe, dass Sie dem nähertreten können, damit die nicht alleine bleiben müssen.

Dieses 4-Milliarden-Euro-Paket, das Sie heute im Nationalrat vorgestellt haben, ist ein Anfang. Es ist gut, richtig und wichtig, aber ich glaube, Sie wissen auch selbst, dass das nicht reichen wird. Es wird Experten aus der Wirtschaft geben, die Ihnen vorrechnen können, wann diese 4 Milliarden Euro aufgebraucht sein werden, und da wird die Krise sicherlich noch lange nicht zu Ende sein.

**Bundesrätin Monika Mühlwerth**

All diese Dinge gilt es zu bedenken und auch zu finanzieren. Das Geld dafür haben wir. Wir müssen es haben, damit wir alle miteinander, egal ob klein, groß, jung, alt und welche Farbe wir haben, weitestgehend unbeschadet – ganz unbeschadet wird es wahrscheinlich leider nicht gehen; jedenfalls bestmöglich und mit möglichst geringem Schaden – aus dieser Krise, die wir versuchen, gemeinsam zu bewältigen, wieder herauskommen. *(Beifall bei der FPÖ sowie bei BundesrätInnen von ÖVP, SPÖ und Grünen.)*

15.22

**Präsident Robert Seeber:** Der von den Bundesräten Monika Mühlwerth, Kolleginnen und Kollegen eingebrachte Entschließungsantrag betreffend „vollständiger Kostenersatz für aufgrund der COVID-19-Krise abgesagte Schulveranstaltungen“ ist genügend unterstützt und steht demnach mit in Verhandlung.

Zu Wort gelangt Herr Bundesrat Marco Schreuder. Ich erteile es ihm. – Bitte.

15.22

**Bundesrat Marco Schreuder** (Grüne, Wien): Herr Präsident! Sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die jetzige Situation ist sicher eine einzigartige Herausforderung. Wahrscheinlich werden wir von dieser Sitzung noch in 20 Jahren – wenn wir noch leben – erzählen. Es ist sicher ein historischer Moment auch für uns hier im Parlament, dass wir uns, beide Kammern, an einem Sonntag treffen, um die notwendigen Gesetze auf den Weg zu bringen, damit der Herr Bundespräsident sie heute noch unterzeichnen kann und diese Gesetze morgen in Kraft treten können.

Es ist eine Situation, die uns – den ganzen Staat, alle Menschen, die in diesem Staat leben, alle Österreicherinnen und Österreicher, alle EU-Bürgerinnen und EU-Bürger, die hier mittlerweile ihren Lebensmittelpunkt haben oder gerade zu Besuch sind, alle Flüchtlinge, die hier bei uns Schutz gefunden haben, alle Migrantinnen und Migranten, die den Weg nach Österreich gefunden haben und jetzt hier leben und gemeinsam mit uns in einem Boot sitzen – vor eine Herausforderung gestellt hat.

Wir müssen nun alle zusammenhalten, wirklich alle, als Team Österreich! Das ist jetzt umso wichtiger, da wir besonders schutzbedürftige Menschen schützen müssen. Ich musste meiner Mutter erklären, warum sie ihre Urenkerl jetzt nicht mehr besuchen darf; mit einem Kloß im Hals, wie Ihr euch vorstellen könnt. Das ist nur ein kleines persönliches Beispiel für das, was wir alle jetzt erleben. Wir werden das gemeinsam schaffen, davon bin ich überzeugt!

Ich bin jetzt nicht hier, um zu sagen, wie schlimm es ist. Ich bin hier, weil ich glaube, wenn wir alle zusammenhalten, wenn alle Kräfte zusammenarbeiten, dann schaffen wir es, diese Krise zu bewältigen. Ich bin froh darüber, dass wir gemeinsam im Bundesrat sitzen, darüber, dass es Anträge der Opposition gibt, weil nämlich auch die Demokratie in Krisenzeiten stark und wehrhaft sein muss; das halte ich für ganz wichtig. Ich bedanke mich daher ausdrücklich bei allen, auch bei der Opposition.

Der Antrag, den ich nun einbringen werde, betrifft den Bereich Justiz. Wie ihr alle wisst, ist es bei U-Häftlingen noch immer so, dass man persönliche Vernehmungen durchführen muss. Mit dieser Veränderung schaffen wir es, dass auch da elektronische Vernehmungen möglich sind.

Ich bringe daher den **Antrag** gemäß § 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Bundesrates der BundesrätInnen Karl Bader, Korinna Schumann, Marco Schreuder, Kolleginnen und Kollegen ein, gegen den Beschluss des Nationalrates vom 15. März 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Strafprozessordnung 1975 geändert wird, keinen Einspruch zu erheben.

\*\*\*\*\*

**Bundesrat Marco Schreuder**

Die Regierung stellt heute einen ersten Krisenbewältigungsfonds in der Höhe von 4 Milliarden Euro zur Verfügung. Ich betone – auch für Sie, Frau Kollegin Mühlwerth –, es ist der **erste** Krisenbewältigungsfonds. Sie haben recht, wenn Sie sagen, die 4 Milliarden Euro sind ein Beginn; das wissen wir. Deswegen ist auch diese Beweglichkeit der Demokratie so wichtig, es ist wichtig, dass wir heute hier sitzen.

Wir wissen nicht, wie es weitergeht, niemand ist ein Prophet. Das Ziel im Moment ist, die Liquidität und die Zahlungsfähigkeit der Unternehmen zu gewährleisten, Arbeitsplätze zu sichern und in Härtefällen Hilfe zu leisten. Dies gilt auch und insbesondere für EPU, für Klein- und Kleinstbetriebe und kleinere Familienbetriebe, denn diese Soforthilfen tragen zur Stabilisierung der Wirtschaft insgesamt bei.

Was bedeutet das nun konkret? – Das Ziel der heute beschlossenen Maßnahmen ist es, quasi das Blut im Wirtschaftskreislauf zu erhalten. Jede Hilfe für jeden Einzelnen ist auch eine Hilfe für das gesamte Wirtschaftssystem. So übernimmt der Staat Kreditgarantien für Unternehmen, die durch Corona in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind. Darüber hinaus wird es Überbrückungskredite, die Akzeptanz von Steuerstundungen und einen leichteren Zugang zur Herabsetzung der Steuervorauszahlung geben. Die Regierung hat auch Gespräche mit den führenden Banken geführt. Es wird noch gesonderte Informationen dazu geben, wie zusätzliche Kreditstundungen und Kreditgarantien möglich sein werden.

Was macht die Regierung, um Arbeitsplätze zu sichern? – Es wird eine Sonderbetreuungszeit von bis zu drei Wochen für die Kinderbetreuung geben. Ein Drittel der Kosten für die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber werden vom Staat übernommen. Es wird ein eigenes Coronakurzarbeitsmodell für Unternehmen in besonders betroffenen Branchen geben. Diese Maßnahmen betreffend Kurzarbeit werden mit 400 Millionen Euro dotiert.

Welche Hilfen wird es für Einpersonenernehmen in Härtefällen geben? – Wie Sie wissen, bin ich ja selber eines; ich werde allerdings noch keine Hilfe brauchen. Für EPU, Klein- und Kleinstbetriebe, Familienbetriebe und besonders betroffene Branchen wie den Tourismus, die Gastronomie, aber auch für Betriebe im Bereich Kunst und Kultur – die sind besonders betroffen – werden eigene Härtefonds eingerichtet. Das ist deshalb notwendig, weil die Betroffenen im Regelfall weder von der Kurzarbeit noch von den Garantien profitieren können.

Wird es über den Krisenbewältigungsfonds hinaus Maßnahmen geben? – Das ist natürlich eine Frage, die auch die Opposition zu Recht stellt. Es handelt sich jetzt natürlich um ein erstes Maßnahmenpaket. Es wird weitere Unterstützungsmaßnahmen brauchen. Es wird rasche Hilfe für betroffene Unternehmen und auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen.

Die Auswirkungen auf das Budget hat der Herr Minister dankenswerterweise schon vorweggenommen. Er hat uns sehr eindrucksvoll davon erzählt, dass seine Rede aufgrund der aktuellen Ereignisse gekübelt werden musste. Jedenfalls wird auch das Budget weiter sicherstellen, dass wir all jenen helfen, die besonders betroffen sind.

Was sollen übrigens jene Menschen machen – weil wir von denen noch nicht gesprochen haben –, die in den letzten Wochen in den jetzigen Quarantäneregionen waren: Paznauntal, Sankt Anton am Arlberg und neuerdings auch Heiligenblut? – Diesen Menschen möchte ich dringend raten, in die Selbstisolation zu gehen. Bleiben Sie zu Hause, isolieren Sie sich! Treffen Sie keine anderen Menschen! Das sollten wir eigentlich eh alle machen, aber diese Menschen insbesondere.

Was, wenn Sie befürchten, selber diese Symptome zu haben? – Es läuft eine Kampagne der Bundesregierung, in der Ihnen gesagt wird, welche Schutzmaßnahmen Sie ergreifen müssen. Rufen Sie die Nummer 0800 555 621 an! Die Gesundheitsbehörden stehen Ihnen zur Verfügung.

**Bundesrat Marco Schreuder**

Man hat sich ja schon bei vielen bedankt. Ich möchte jetzt nichts wiederholen, möchte mich aber noch bei einer Gruppe besonders bedanken. Ich bedanke mich bei den Künstlern und Künstlerinnen in diesem Land, die zurzeit nicht die Möglichkeit haben, aufzutreten, zu singen, sich den Applaus zu holen, den sie so sehr brauchen.

An alle Künstler und Künstlerinnen möchte ich folgenden Appell richten: Ich habe mir gestern am Abend ein Konzert angesehen, zu Hause am Bildschirm. In diesem Fall war es ein Konzert des Eurovision-Songcontest-Siegers aus dem Jahre 2017, Salvador Sobral aus Portugal. Gianna Nannini hat mittlerweile ein Onlinekonzert gegeben. Tun Sie das! Schalten Sie Ihre Kameras ein! Ich glaube, wenn wir alle zusammen Kunst und Kultur genießen, so wie die Italiener, die am Fenster stehen und singen, dann gibt das Hoffnung. Ich glaube, diese Hoffnung zu geben, zu spüren, gemeinsam zu singen, zu wissen, dass wir gemeinsam aus dieser Situation herauskommen, ist ganz wichtig. Ein Freund von mir macht heute im Internet ein Kabarettprogramm. – Ja, man darf sich in Zeiten wie diesen auch unterhalten und lachen. Ich halte es sogar für wichtig, dass wir alle nicht den Humor und die Hoffnung verlieren. (*Bundesrätin Mühlwerth: Richtig!*)

In diesem Sinne: Passen wir aufeinander auf! – Vielen herzlichen Dank. (*Beifall bei Grünen und ÖVP sowie bei BundesrätInnen von SPÖ und FPÖ.*)

15.32

**Präsident Robert Seeber:** Der von Herrn Kollegen Schreuder eingebrachte Antrag ist genügend unterstützt und steht somit mit in Verhandlung.

Ich darf sehr herzlich hier im Hohen Haus Herrn Gesundheitsminister Anschöber begrüßen. – Herzlich willkommen! (*Allgemeiner Beifall.*)

Als Nächste gelangt Frau Bundesministerin Christine Aschbacher zu Wort. Ich erteile es ihr.

15.32

**Bundesministerin für Arbeit, Familie und Jugend Mag. (FH) Christine Aschbacher:** Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder des Bundesrates! Lieber Herr Gesundheitsminister! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Coronavirus breitet sich massiv auch in Österreich aus, somit ist es notwendig, dass wir unser Leben massiv ändern und an die Situation anpassen. Mein dringlicher Aufruf ist deswegen: Halten Sie sich an die Regeln, die ausgegeben wurden! Nur so haben wir die Chance, gemeinsam eine Verbreitung des Virus zu verlangsamen und einzudämmen. Zusammenhalten ist jetzt gefordert, auch wenn wir auseinander bleiben müssen.

Viele dieser Herausforderungen betreffen auch die Arbeitswelt. Ich danke an dieser Stelle allen voran unseren Herren Bundeskanzler und Vizekanzler, unserem Herrn Gesundheitsminister, dem Herrn Finanzminister und allen in der Bundesregierung, die es möglich machen, die notwendigen Maßnahmen sofort zu treffen und diesen Maßnahmenmix nun zu vereinbaren.

Für uns hat die Gesundheit natürlich oberste Priorität, das steht außer Frage, und unser gemeinsames Ziel ist es, so viele Arbeitsplätze wie möglich zu sichern. Wir haben alle Vorkehrungen getroffen, um den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und auch den Unternehmen Sicherheit zu geben. Um in dieser Ausnahmesituation möglichst viele Arbeitsplätze zu sichern haben wir Kurzarbeit ermöglicht. Das ist ein wesentliches Instrument in diesem Maßnahmenmix für alle Unternehmen. Kurzarbeit ist ein Modell, das sich in wirtschaftlich schwierigen Situationen bereits bewährt hat und Arbeitsplätze sichert.

Danke an dieser Stelle an die Sozialpartner! Wir haben in den letzten Tagen massiv verhandelt und innerhalb kurzer Zeit wirklich Großartiges, Konstruktives, Lösungsorientiertes geschafft. Vielen Dank dafür noch einmal an dieser Stelle! (*Beifall bei ÖVP und Grünen sowie bei BundesrätInnen der SPÖ.*)

**Bundesministerin für Arbeit, Familie und Jugend Mag. (FH) Christine Aschbacher**

Um damit möglichst viele Arbeitsplätze zu sichern haben wir bis zu 400 Millionen Euro dafür vorgesehen. Mit dieser Gesetzesänderung, mit diesem Kurzarbeitsmodell anlässlich Corona ermöglichen wir es, dass es ab nächster Woche einfachere, raschere und vor allem unbürokratische und schnelle Hilfen gibt. Das heißt konkret: Sicherheit und finanzielle Unterstützungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, damit sie, wie auch schon der Herr Finanzminister gesagt hat, die Fixkosten decken können, Lebensmittel kaufen können, ihre Kreditraten tilgen können. Das bedeutet weiters eine schnellere Abwicklung beim Arbeitsmarktservice durch Verfahrensbeschleunigung. Wir arbeiten auf Hochtouren, damit das möglich ist.

Das bedeutet auch einen zielgerichteten Mitteleinsatz, damit wir dort unterstützen, wo es notwendig ist. So stellen wir sicher, dass die finanziellen Herausforderungen sowohl für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als auch für Unternehmen bestmöglich abgedeckt werden. Die Kolleginnen und Kollegen beim AMS arbeiten auf Hochtouren, damit wir eine professionelle und rasche Umsetzung ermöglichen können.

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Arbeitsmarktservice in Österreich wie auch bei jenen meines Ressorts bedanken, weil auch sie mit ihrem außerordentlichen Einsatz in den letzten Tagen, aber auch jetzt am Wochenende und besonders ab morgen zum versorgungskritischen Bereich gehören. Mit gemeinsamen Kräften können wir unser Bestes geben! *(Allgemeiner Beifall.)*

Damit die Umsetzung so schnell wie möglich sichergestellt werden kann, habe ich zwei Bitten an Sie. Einerseits an alle Unternehmen: Wenn es für Sie wirtschaftlich möglich ist, nutzen Sie das Coronakurzarbeitsmodell! Es ist ganz wichtig, dass die Arbeitsplätze der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, soweit möglich, erhalten bleiben. Das ist zentral und unser Ziel mit dem Coronakurzarbeitsmodell. Den Antrag können Sie selbstverständlich unbürokratisch und schnell übermitteln, nämlich per E-Mail an die zuständige Regionalstelle des AMS oder auch telefonisch. Bereiten Sie von der Unternehmensseite bitte drei wesentliche Informationen vor: Wie viele Mitarbeiter wollen Sie in Kurzarbeit schicken? Wie lange soll die Kurzarbeit voraussichtlich dauern? Wie viel Reduktion gibt es beziehungsweise in welchem Ausmaß ist Kurzarbeit notwendig?

Die Basisinformation zum Coronakurzarbeitszeitmodell gibt es selbstverständlich auf der AMS-Homepage. Zugleich arbeiten wir auf Hochtouren, damit wir auch die Interessenvertretungen und die verschiedenen Hotlines, die es gibt, mit Informationen versorgen können, damit die Unternehmen bestmöglich serviert werden und die Informationen weitergegeben werden können, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter morgen mit Sicherheit wissen, was es gibt und was notwendig ist.

Der zweite Appell geht an alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Gesundheit hat oberste Priorität. Wichtig ist: Wenn Sie sich in den nächsten Tagen oder in der nächsten Zeit arbeitslos melden, dann bitte ich Sie, den Empfehlungen des Arbeitsmarktservice nachzukommen. Bleiben Sie zu Hause und machen Sie das von zu Hause aus! Es gibt verschiedene Möglichkeiten, sich zu melden: per E-Mail, über das Telefon und vor allem über unser E-Portal e-ams.at. Nutzen Sie diese Möglichkeit! Wenn es nicht anders geht, dann können Sie natürlich auch zum Hörer greifen. Das Wichtigste ist in diesem Zusammenhang: Bleiben Sie zu Hause! – Danke. *(Allgemeiner Beifall.)*

Alle Österreicherinnen und Österreicher sind zurzeit außergewöhnlich gefordert, besonders auch alle Eltern. Ich bin selbst Mutter von drei Kindern, ich weiß, wie das ist und wie sich das anfühlt. Vor allem berufstätige Eltern mit Kindern unter 14 Jahren werden durch notwendig gewordene Einschränkungen des öffentlichen Lebens massiv vor die Herausforderung gestellt, wie sie ihre Kinder jetzt bestmöglich betreuen können, zumal auch der Kontakt mit den Großeltern wirklich vermieden werden muss. Ich weiß, das ist für alle Beteiligten wirklich schwer. Um Sie als Eltern bestmöglich zu un-

**Bundesministerin für Arbeit, Familie und Jugend Mag. (FH) Christine Aschbacher**

terstützen haben wir als Bundesregierung die Möglichkeit der Sonderbetreuungszeit vereinbart; für bis zu drei Wochen ist dies möglich.

All jenen, die im versorgungskritischen Bereich und auch in der gesamten daran hängenden Versorgungskette tätig sind, gilt zuallererst mein großer Dank und meine größte Anerkennung dafür, dass sie tagtäglich so viel dafür tun, dass wir in Österreich weiterhin gut versorgt leben können. Zugleich möchte ich festhalten, dass es für all diese Menschen, vor allem für Eltern mit Kindern unter 14 Jahren, weiterhin Möglichkeiten der Betreuung gibt, dass die Schulen und Kinderbetreuungsstätten für Betreuung geöffnet bleiben, sodass sie ihre Kinder gut aufgehoben wissen. Auch das ist für die berufstätigen Eltern jetzt von besonderer Wichtigkeit. Dafür möchte ich hier meine wirklich große Anerkennung aussprechen.

Die Entscheidung, betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Sonderbetreuungszeit zu gewähren, liegt beim Arbeitgeber. Zeigen wir, dass die Solidarität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie auch von Arbeitgebern jetzt gemeinsam gelebt wird! Ich bin absolut zuversichtlich, dass auch das, wie so vieles andere, im Sinne des Zusammenhalts auf betrieblicher Ebene gut funktionieren wird.

Lassen Sie mich noch einmal eine Bitte an Sie alle richten: Bleiben Sie zu Hause! Halten Sie sich bitte an die Regeln und an die Vorschriften! Es ist für Sie wahrscheinlich genauso schwer wie für mich, es liegt jedoch in Ihrem eigenen Interesse und auch im Interesse Ihrer Familie, besonders Ihrer Eltern und in jenem der älteren Menschen in unserer Gesellschaft – besonders viele davon sind auch Omas und Opas. Seien wir im ganzen Land solidarisch und helfen wir zusammen! Halten Sie sich bitte an die empfohlenen Regeln, besonders an jene, die Sie vom Herrn Bundeskanzler, vom Herrn Vizekanzler und vom Herrn Gesundheitsminister gehört haben!

Abschließend noch: Mir ist heute in der Früh beim Hereingehen ins Parlamentsgebäude im Eingangsbereich ein Bild aufgefallen: „Wächter der Empathie“. – Genau dieses Einfühlungsvermögen ist jetzt gefragt. In jedem von uns ist das angelegt, und es gilt, das jetzt zu aktivieren, und zwar für die betroffenen Menschen – denen ich auch meine besten Genesungswünsche übermitteln möchte – sowie für ganz viele Menschen, die in den versorgungskritischen Bereichen tätig sind und ihr Bestes geben, aber auch für die Eltern, die ihre Kinder in den Kinderbetreuungsstätten und Schulen gut betreut wissen, und für ganz viele weitere Menschen, die tagtäglich ihr Bestes geben. Ihnen gilt noch einmal ausdrücklich mein herzlicher Dank. *(Beifall bei ÖVP und Grünen sowie bei BundesrätInnen der FPÖ.)*

Aktivieren wir jetzt gemeinsam diese Empathiefähigkeit und helfen wir uns gegenseitig! Gemeinsam haben wir die Chance. Zusammenhalten können wir, obwohl wir vielleicht jetzt räumlich auf Distanz, getrennt sind. – Danke schön. *(Beifall bei ÖVP und Grünen sowie bei BundesrätInnen der FPÖ.)*

15.44

**Präsident Robert Seeber:** Danke, Frau Minister.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Bundesminister Rudolf Anschober. Ich erteile ihm das Wort.

15.44

**Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz Rudolf Anschober:** Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es sind ungewöhnliche Zeiten und ungewöhnliche Maßnahmen in einer für ganz viele Menschen sehr ungewöhnlichen Lebenssituation. Es sind sehr schwierige Maßnahmen, die wir zu setzen haben; vielen von uns geht es nicht gut dabei, weil das Grenzen überschreitet, die wir normalerweise nicht überschreiten wollen. Gleichzeitig ist es aber so, dass uns wenig übrig bleibt, als das zu tun, was uns jetzt schützt, was uns alle schützt.

**Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz Rudolf Anschober**

In Wirklichkeit ist es eine Frage gemeinsamer Solidarität in unserer Gesellschaft. Es gibt einerseits eine Gruppe, die sich relativ leicht ansteckt, aber Gott sei Dank erfreulicherweise kaum erkrankt – das sind junge Menschen. Und es gibt eine Gruppe oder besser gesagt zwei große Gruppen, die in dieser Situation besonders schutzbedürftig sind: Das sind einerseits Menschen über 65 – ich bewege mich schön langsam auch darauf zu, zu dieser Gruppe zu gehören –, andererseits aber auch Menschen, die eine schwere Vorerkrankung haben, zum Beispiel Menschen, die eine Immunschwäche haben, Menschen, die schwere Diabetiker sind, Menschen, die Krebs hatten oder haben, Menschen, die eine schwere Lungenerkrankung hatten oder haben, Menschen, die Herzkreislauferkrankungen haben. Von denen wissen wir, dass sie in dieser Situation besonders gefährdet sind.

Ich tue mir immer schwer, wenn man von Sterblichkeitsraten und Ähnlichem spricht. Das ist, finde ich, so schwierig, wenn die Betroffenen zuhören. Trotzdem muss man es aber, glaube ich, nüchtern sehen. Es ist so, dass – das ist die gute Nachricht – 80 Prozent der Erkrankungsfälle ziemlich harmlos sind. Das wissen wir aus Studien, die es jetzt, nach drei Monaten Corona, bereits gibt; China hat 45 000 Erkrankte untersucht. Diesen Menschen passiert mit Sicherheit nichts, viele von ihnen müssen nicht einmal ins Spital. Ich komme nachher auf die Zahlen aus Österreich zu sprechen. Es ist aber auch so, dass 5 bis 6 Prozent der Erkrankten in schwere Krisen kommen, und das sind hauptsächlich ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger beziehungsweise Menschen, die eine schwere Vorerkrankung hatten. In diesen Gruppen ist das Sterblichkeitsrisiko um ein Vielfaches höher als etwa bei der Grippe, deswegen ist es im Augenblick eine Solidaritätsfrage.

Ich verstehe junge Menschen, die in den ersten Frühlingstagen – es wird warm am Abend –, wenn sie frei haben, feiern möchten und sich zum Beispiel am Donaukanal, wie ich es gestern beim Heimgehen erlebt habe, einen Spaß machen wollen und miteinander Freude haben wollen. Wer tut das nicht gerne? In Zeiten wie diesen, für die nächsten Monate ist es aber anders. Da ist Abstand der beste Zusammenhalt, den wir kennen. – Das klingt paradox, aber es ist leider so. Diesen Zusammenhalt, dieses Miteinander brauchen wir, diese Verantwortung füreinander brauchen wir.

Ich finde, dass die Kommunikationsoffensive, die es jetzt gibt – auf sich zu schauen und damit auch auf den anderen zu schauen –, eine sehr, sehr gelungene ist, denn darum geht es in Wirklichkeit: Wir selbst sind Teil der Lösung, wir selbst sind Teil der Mitverantwortung, wir selbst sind Teil des Schutzes des anderen. Enkerl verstehen es oft nicht, warum man jetzt nicht zum Opa und zur Oma fahren soll, warum man stattdessen telefonieren soll, obwohl sich der Opa und die Oma doch normalerweise so freuen, wenn Besuch kommt. Das ist schwierig zu erklären, aber es ist gut so. Es ist gut so, dass wir jetzt ein paar Monate anders leben, dass wir uns anders verhalten, dass wir uns an das, was ein Risiko sein kann, an das, was Sicherheit sein soll und sein muss, anpassen.

Gesundheit ist das Wichtigste, was wir in unserem Leben haben, alles andere ist nebensächlich. – Das ist so ein Stehsatz, den wir immer sagen. Wahrscheinlich ist er schon sehr, sehr lange nicht mehr so zutreffend gewesen wie heute. Seine Bedeutung wird vielen jetzt erst so richtig bewusst. Wir können uns keine zweite Gesundheit, kein zweites Leben kaufen, sondern wir müssen selbst darauf achten.

Jetzt ist es leider passiert, dass die Wirklichkeit wurde, wovon viele gewarnt haben, dass nämlich aus einer regionalen Epidemie, die ihren Ausgangspunkt in China, in der Großstadt Wuhan, Anfang des Jahres beziehungsweise besser gesagt Ende des Vorjahres – ganz genau wissen wir es nicht – hatte, eine globale Pandemie wurde. Globale Pandemie bedeutet, dass der gesamte Globus betroffen ist und dass diese Epidemie oder Pandemie außer Kontrolle geraten ist. Und ja, Europa ist derzeit das Epi-



**Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz Rudolf Anschober**

zentrum dieser Pandemie, das Epizentrum mit den höchsten Steigerungsraten, die es auf diesem Globus gibt.

Am bekanntesten sind wohl die Bilder aus Italien. Ich will das nicht wiederholen, nur so viel: Ich lese jeden Tag den Blog eines Arztes aus Bergamo. Wenn Sie das lesen, dann haben Sie den Eindruck, dass das eine Kriegsberichterstattung ist, denn in Wirklichkeit liest sich das so: Es wird über Tod und Leben entschieden, die Spitäler haben keine Ressourcen mehr, um einen Akutfall, etwa einen Schlaganfallpatienten, behandeln zu können, weil sie völlig überfordert, überlastet sind; sie kämpfen, aber sie drohen in dieser Situation unterzugehen. In Italien gibt es derzeit sage und schreibe 21 000 Erkrankungen und 1 500 Todesfälle, und jeden Tag werden es um 150, 200 mehr. Es gibt keine Trendabflachung, es geht mit diesen Zahlen weiter, die Zahlen steigen weiter an.

Spanien: dramatische Entwicklungen nach oben, vor allem in den letzten Tagen; Schweiz: ähnliche Situation; Frankreich; Deutschland; und auch Österreich ist nicht ausgenommen. Wir können das Land nicht unter eine Glaskuppel stellen oder ein Umleitungsschild: Corona, fahr an Österreich vorbei!, aufbauen. Das funktioniert leider nicht. Wir würden es tun, wenn es irgendwie gehen würde. Was wir tun können, ist, Maßnahmen zu setzen, damit wir diese stark exponentiell ansteigende Entwicklungskurve, diesen Trend abflachen, damit wir ihn verschieben, damit wir ihn verzögern, um Zeit zu gewinnen.

Die Zahlen sind nicht gut. Ich stelle Ihnen und euch diese Zahlen kurz dar: Mittwoch dieser Woche hatten wir 206 Erkrankungen in Österreich, am Donnerstag waren es 302, am Freitag 428, am Samstag 602 und heute in der Früh 800. Wir sind also genau in jener Entwicklung drinnen, in der es steil nach oben geht, und deswegen müssen wir jetzt wirklich jede Maßnahme, auch wenn sie uns unsympathisch ist, auch wenn wir es in Wirklichkeit gar nicht wollen, umsetzen. Ich bin ein Mensch, der unglaublich an Freiheit und an die Selbstbestimmung eines jeden Menschen glaubt; gleichzeitig ist es aber so, dass wir diesmal für ein paar Wochen anders handeln müssen und anders politisch entscheiden müssen. Ich habe mir das auch nicht leicht gemacht, aber ja, das geht jedem von uns derzeit so.

Es gibt zwei Strategien, die wir umsetzen wollen und die wir umsetzen werden. Das eine sind eben die sozialen Kontakte. Etwas, was so wunderbar klingt, ist plötzlich negativ; der soziale Kontakt, die Nähe, ist etwas, was derzeit negativ ist. Da geht es vor allem um die Solidarität mit besonders Schutzbedürftigen. Es haben Wissenschaftler ausgerechnet, dass dann, wenn es in einer Gesellschaft gelingt, die sozialen Kontakte um ein Viertel zu reduzieren, das Ansteckungsrisiko halbiert ist. Das zeigt: Es geht etwas, es lässt sich entscheiden, es lässt sich bewegen, und daran arbeiten wir mit dieser ersten Strategie.

Die zweite Strategie ist auch sehr, sehr klar: Es ist der Schutz unserer Spitäler. Unsere Spitäler haben eine überschaubare, begrenzte Zahl von Intensivbetten, von Akutbetten. Sie sind hervorragend ausgestattet. Österreich hat ein Gesundheitssystem, das aus meiner persönlichen Sicht in vielen Bereichen fantastisch ist – wir haben ein paar Bereiche, da müssen wir nachjustieren, wir sind am Weg in diese Richtung. Dasselbe hat aber die Lombardei auch von sich sagen können: eine großartig entwickelte Region mit viel Wohlstand und einem tollen Gesundheitssystem.

Wir wollen versuchen, zu vermeiden, dass die Entwicklung, die es in der Lombardei gegeben hat, auch bei uns zutage tritt, deswegen haben wir ein Besuchsverbot in Spitälern verankert. Auch das ist für viele Patienten und Patientinnen, die auf ihre Liebsten warten, die ihnen mit dem Besuch Kraft geben, schwierig, aber trotzdem: Wir würden riskieren, dass Viren eingeschleppt werden, und das wollen wir vermeiden, denn jeder angesteckte Mediziner, jede angesteckte Medizinerin bedeutet, dass wir eine Abteilung

**Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz Rudolf Anschober**

schließen müssen, und das bedeutet, dass unsere Ressourcen drastisch reduziert werden. Das wollen wir nicht zulassen. Wir haben auch den Auftrag gegeben, dass alle Behandlungen und auch Operationen, die derzeit medizinisch nicht akut notwendig sind, verschoben werden, um die Ressourcen zu entlasten.

Wie schaut es aus? – Wir haben derzeit 800 Erkrankte in Österreich. Davon sind zehn Personen in einer gesundheitlich angeschlagenen Situation, sodass sie in der Intensivstation behandelt werden müssen. 98 weitere sind im Spital und 85 Prozent der 800 sind zu Hause. Das entspricht in etwa dem, was ich zu Beginn über die Untersuchungen aus China gesagt habe. Das heißt, der überwiegende Anteil verzeichnet eine milde, leichte Erkrankung. Da hängt es eben sehr stark vom Alter und von Vorerkrankungen ab. – Ich denke, an dieser Stelle wünschen wir allen Menschen, die an dieser heimtückischen Erkrankung erkrankt sind, eine gute Genesung! *(Allgemeiner Beifall.)*

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir daran glauben müssen, dass wir das schaffen. Das gibt uns Kraft, das gibt uns Hoffnung. Wenn wir jetzt nur pessimistisch und traurig sind, ist das aus meiner Sicht das Allerschlimmste. Wir haben viele, viele Krisen bewältigt. Dieses Mal ist es eine besonders schwere. Eine globale Pandemie in diesem Ausmaß hat es in Europa zuletzt bei der schwarzen Grippe vor vielen, vielen Jahrzehnten gegeben, in den letzten Jahrzehnten in diesem Ausmaß keine. *(Bundesrätin Mühlwerth: 1920! Und es hat geheißen: die Spanische Grippe!)*

Wenn wir aber jetzt wirklich alle zusammenhalten, wenn wir in dieser Gesellschaft solidarisch sind, dann können wir es tatsächlich schaffen. Davon bin ich zutiefst überzeugt, und mein Appell lautet einfach: Seien wir, jeder Einzelne und jede Einzelne von uns, ein Teil der Lösung! *(Beifall bei Grünen, ÖVP und SPÖ sowie bei BundesrätInnen der FPÖ.)*

15.55

**Präsident Robert Seeber:** Vielen herzlichen Dank, Herr Minister, auch für das professionelle Management.

Zu Wort gemeldet ist Frau Bundesrätin Sonja Zwazl. Ich erteile ihr dieses.

15.55

**Bundesrätin Sonja Zwazl** (ÖVP, Niederösterreich): Herr Präsident! Frau Bundesminister! Herr Bundesminister! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ihre Ausführungen, Herr Bundesminister, entsprechen der Realität; sie sind für uns alle extrem bedrückend. Ich fühle mich oft wie in einem Film oder einem bösen Traum, einem Albtraum; nur hat sich, wenn man in der Früh die Augen aufmacht, an der Situation nichts geändert, es ist so.

Ich bin Großmutter eines entzückenden, fast drei Jahre alten Enkelkinds. Ich bin ein sehr optimistischer Mensch, aber ich beschäftige mich in der letzten Zeit sehr oft damit und sage: Ich will meine Enkeltochter schon aufwachsen sehen, ich will wissen, welchen Weg sie geht! – Und ich bin Unternehmerin. Ich komme aus einem kleinen Betrieb und ab Montag ist die Pforte zu. Da überlege ich mir auch: Wie wird das weitergehen? Wird das, was ich eigentlich geplant und gemacht habe – dass mein Unternehmen ein Familienbetrieb wird, weil meine älteste Tochter nach dem Studium in die Firma eingestiegen ist –, auch möglich sein? – Ich sage: Ja, wenn wir alle uns an die Maßnahmen, an die Richtlinien halten, das alles nicht auf die leichte Schulter nehmen, und vor allem dann, wenn jeder von uns seinen Teil dazu beiträgt, eben die anderen aufzufordern, vernünftig zu sein, selber mit einem guten Beispiel voranzugehen. Wir alle haben Möglichkeiten, uns einzusetzen und Informationen weiterzugeben und mitzuarbeiten.

Ich stelle dem allen ein herzliches Dankeschön an unsere Bundesregierung voran – Ihnen allen ein herzliches Dankeschön. Es ist rasch und schnell gehandelt worden,

**Bundesrätin Sonja Zwazi**

sonst wären wir heute nicht hier. Ich sage aber auch, ich bin sehr froh, dass wir eine Sozialpartnerschaft haben. Bei uns in Niederösterreich – ihr wisst es, ich sage es immer wieder – funktioniert die Sozialpartnerschaft sehr gut, und ich freue mich, dass dieser Zusammenhalt, das Miteinander auch auf Bundesebene so gut funktioniert. Dafür sage ich ein herzliches Dankeschön. *(Beifall bei ÖVP und Grünen sowie bei BundesrätInnen von SPÖ und FPÖ.)*

Die Frau Minister hat es schon angesprochen: wirklich ein herzliches Dankeschön auch an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des AMS. Ich bin sehr froh darüber, dass wir diese Initiativen haben, dass wir jetzt die Möglichkeit der Kurzarbeit haben, weil sie ganz einfach dazu beiträgt und uns das gibt, was wir brauchen, um unsere Betriebe am Leben zu erhalten, um die Arbeitsplätze zu sichern. Deshalb ist die Kurzarbeit sehr wichtig, und wenn die Anträge jetzt innerhalb von 48 Stunden abgearbeitet werden, dann muss ich sagen: meinen höchsten Respekt! Das ist sehr unbürokratisch, das geht sehr einfach.

Monika *(in Richtung Bundesrätin Mühlwerth)*, du weißt es, ich komme aus einem Betrieb, ich bin immer diejenige, die aufzeigt, wenn etwas bürokratisch ist. In diesem Fall aber: große Hochachtung! Ich muss ganz ehrlich sagen, es ist für mich fast unvorstellbar, dass das wirklich so abläuft. Ich weiß aber und ich kriege das immer wieder mit, wie alle mitarbeiten. Es ist ja auch so, dass nicht nur wir heute am Sonntag dasitzen, sondern viele andere Menschen auch, und ich weiß, dass auch die AMS-Leute heute in der Arbeit sitzen, weil ich versucht habe, mit dem niederösterreichischen Leiter des AMS zu reden und zu schauen, welche Möglichkeiten es noch gibt.

Ich sage auch ein herzliches Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Häuser, der Wirtschaftskammer Österreich und vor allem auch – ich weiß es von meinem Haus – der Wirtschaftskammer Niederösterreich. Unsere Mitarbeiter sitzen an den Telefonen, auch heute. Sie sind auch gestern dort gesessen und haben Auskunft gegeben, weil etwas ganz wichtig ist: dass man die Leute nicht alleinlässt, dass man ihnen Antwort gibt – ich weiß, wie das ist –, welche Betriebe am Montag aufsperrten dürfen und welche nicht und wie das aussieht. Deshalb ist es ganz wichtig, dass man die Leute rasch informiert und sie darauf aufmerksam macht, welche Möglichkeiten es gibt und wie es aussieht. Wir haben gestern über 1 000 Anfragen und Beratungen gehabt, und auch heute sitzen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis 18 Uhr. *(Vizepräsident Wanner übernimmt den Vorsitz.)*

Es ist uns aber ganz einfach auch wichtig, dass die Zahlungsfähigkeit unserer Betriebe gewährleistet wird. Am Montag haben wir Steuer zu zahlen und Krankenkassenbeiträge zu zahlen. Da ist es ganz einfach wichtig, dass wir sagen können: Man kann schon Stundungen beantragen; es wird bei der Krankenkasse keine Säumniszuschläge geben; es wird auch keine Exekutionsanträge geben.

Die Betriebe werden darauf aufmerksam gemacht; sie sollen nicht den Kopf in den Sand stecken. Das muss ich auch dazusagen, dass man oft gar nicht weiß, was man machen soll und wie es jetzt aussieht, wenn man in so einer Situation, die so überraschend über einen drüberfährt, ist. Den Leuten, die anrufen, wird aufgezeigt, welche Möglichkeiten es gibt; und wir stellen auch die Formulare zur Verfügung. Da kommt ein ungeheurer Arbeitsdruck auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu.

Selbstverständlich gilt auch für die Finanz, dass man schaut, dass die Beiträge gestundet beziehungsweise die Einkommensteuervorauszahlungen reduziert werden. Es ist natürlich so, dass einem das, was man jetzt im Moment gestundet und reduziert bekommt, nicht geschenkt wird, sondern man es ja später zahlen muss. Deshalb ist es auch ganz wichtig, dass man diese Überbrückungskredite ganz unbürokratisch und geschwind macht. Es gibt da schon für alle Branchen verschiedene Möglichkeiten, so über AWS oder ÖHT. Es gibt auch in den Ländern etwas; wir haben die Nöbeg, die

**Bundesrätin Sonja Zwazi**

Niederösterreichische Bürgschaften und Beteiligungen GmbH, mit der wir da unterstützen können, mit der Land – oder Bund – Haftungen übernehmen, wodurch die Unternehmer auch keine zusätzlichen Kosten haben.

Es geht auch darum, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir die Härtefälle abfedern. 63 Prozent unserer Betriebe haben nur bis zu fünf Mitarbeiter. Da kann man sich also schon vorstellen, wie das aussieht. Ich habe einen gemischten Betrieb, ich erzeuge, aber ich habe einen großen Handelsbereich. Ich habe die Ware eingekauft, das muss ich ja. Ich habe Saisonware und ich hocke jetzt auf der Ware, denn verkaufen kann ich sie nicht, aber die Rechnungen habe ich. Da ist es schon wichtig, dass man unterstützt und hilft, dass gerade kleinere Betriebe da Unterstützung bekommen.

Es wird auch für die EPU's etwas vom Bund geben, aber ich denke, auch als Wirtschaftskammerorganisation sind wir gefragt, da rasch und unbürokratisch Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Wir haben in den verschiedenen Ländern Existenzsicherungsfonds. Wir sind gerade österreichweit dabei, abzustimmen, welche raschen, unbürokratischen Möglichkeiten es für unsere Mitgliedsbetriebe gibt, da wir wollen, dass es allen zugutekommt. *(Beifall bei ÖVP und Grünen.)*

Ich denke, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir wirklich alle dazu beitragen müssen und auch den Leuten sagen müssen, dass sie die Möglichkeit haben, sich zu erkundigen. Wir müssen schauen, wie jeder uns von seiner Warte aus, nach seinen Möglichkeiten einfach und klar Hilfestellungen anbieten kann, um da zu helfen. Es ist ganz einfach wichtig, dass man die Leute in dieser Situation nicht alleinlässt.

Es ist auch wichtig, die Infrastrukturen aufrechtzuerhalten. Das produzierende Gewerbe wird weiterhin die Möglichkeit haben, der Arbeit nachzukommen. Das betrifft auch die Kfz-Werkstatt. Wenn jemand einen gemischten Betrieb mit Autohandel hat, dann muss er diesen zwar zusperren, die Kfz-Werkstatt aber natürlich nicht. Wir sind dazu angehalten, die öffentlichen Verkehrsmittel weniger zu benutzen, also brauchen wir das Auto, also müssen wir das Auto, wenn es irgendetwas hat, ja irgendwo hinstellen können – und das betrifft auch Rettung, Feuerwehr et cetera. *(Bundesrat Rösch: ... Zulassung!)* Das funktioniert also auch.

Es ist ganz einfach auch wichtig, dass man überlegt und sagt, welche Möglichkeiten es gibt, die Kundenkontakte ganz einzuschränken, die Versorgung aber aufrechtzuerhalten – auch da gibt es genügend Möglichkeiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren und vor allem geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Mir ist es als Unternehmerin schon ganz wichtig, etwas aufzuzeigen – und darauf werde ich auch immer wieder von meinen Mitgliedsbetrieben angesprochen –: Wenn die Leute jetzt alle zu Hause sind und nicht einkaufen gehen können, wäre meine Bitte schon, dass sie auf den österreichischen und nicht auf den internationalen Onlinehandel ausweichen. *(Allgemeiner Beifall.)* Das wäre schon etwas, was man – bei allem Respekt – unserer Bevölkerung ganz einfach auch sagen kann, weil wir alle hoffen, dass wir diese entsetzliche und schwierige Situation mit Disziplin und Unterstützung bald überwinden, und danach muss das Leben wieder normal weitergehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einen Punkt anzusprechen ist mir ganz wichtig, weil es da sehr viel Verunsicherung gibt: Es geht um die PersonenbetreuerInnen. Ich habe heute zu Mittag mit einem Fachgruppenvorsteher der Personenbetreuer gesprochen. Wir in Niederösterreich haben die meisten. Es gibt 18 000, derzeit sind 8 500 Personenbetreuerinnen und -betreuer im Einsatz. – Meine Hochachtung und ein herzliches Dankeschön an unsere derzeit im Einsatz befindlichen Personenbetreuerinnen und Personenbetreuer! Sie kommen ihrer Verantwortung nach. Ich kann Ihnen sagen, es wird am Montag niemand ohne Betreuung dastehen. Diese PersonenbetreuerInnen fahren nicht nach Hause. Sie bleiben da, bis geregelt ist, wie das aussieht.

**Bundesrätin Sonja Zwazi**

Es gibt ja, glaube ich, jetzt mit Ihnen, Herr Minister Anschöber, und den Personenbetreuern auch dahin gehend Gespräche, wie das mit der Slowakei aussieht und dass man sie wie Tagespendler behandelt. Es ist gewährleistet und sichergestellt, dass die zu betreuenden Personen, die keine Familienmitglieder haben – egal wie das nun weitergeht –, immer eine Betreuung haben. Ich denke, das Verantwortungsbewusstsein, das diese Agenturen und unsere Personenbetreuerinnen und -betreuer in Niederösterreich haben, haben sie in ganz Österreich.

Es ist mir auch ganz wichtig, heute hier zu sagen: Bitte verunsichern wir die Menschen, die diese Pflege brauchen, nicht; diese Pflege wird aufrechterhalten! Das wird mit großer Kraftanstrengung und infolge vieler Verhandlungen gemacht. Das zu sagen ist mir ganz einfach wichtig – und auch noch einmal ein herzliches Dankeschön.

Ich denke, wir sind in einer Situation, die uns zusammengeführt hat. Es ist sehr tragisch, dass es immer wieder so grausliche Vorfälle und Situationen braucht, damit wir mehr an einem Strang ziehen, aber man lernt aus jeder Situation – das ist auch ganz wichtig.

Ich sage noch einmal ein herzliches Dankeschön an alle, vor allem an unsere Entscheidungsträger im Bund, natürlich auch in den Ländern, und allen, die hier sitzen, und zwar dafür, dass wir so rasch Lösungen gefunden haben. Ich bin davon überzeugt, dass wir diese schwierige Situation auch bewältigen werden, wenn wir uns gegenseitig unterstützen und auch aufzeigen, welche Möglichkeiten der Unterstützung es gibt, damit nicht auch noch die Angst ein gewichtiger Faktor wird.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich bringe auch folgenden Antrag ein:

**Antrag**

der BundesrätInnen Karl Bader, Korinna Schumann, Marco Schreuder, Kolleginnen und Kollegen

„Die unterzeichneten Bundesrätinnen und Bundesräte stellen gemäß § 43 Abs. 1 GO-BR den Antrag, gegen den Beschluss des Nationalrates vom 15. März 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Wirtschaftskammergesetz 1998 geändert wird (105 d.B.) (TOP 4) keinen Einspruch zu erheben.“

\*\*\*\*\*

Ich sage noch einmal, wir werden diese schwierige Situation gemeinsam bewältigen. Noch einmal ein großes, herzliches Dankeschön an alle, die dazu beitragen. – Vielen Dank. *(Beifall bei ÖVP und Grünen sowie bei BundesrätInnen von SPÖ und FPÖ.)*

16.09

**Vizepräsident Michael Wanner:** Der eingebrachte Antrag ist genügend unterstützt und steht damit mit in Verhandlung.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Bundesrat Günther Novak. Ich erteile es ihm.

16.09

**Bundesrat Günther Novak** (SPÖ, Kärnten): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Bundesministerin! Herr Bundesminister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Vor allem: Werte Zuseherinnen und Zuseher zu Hause vor den Bildschirmen! Der Nationalrat und wir als Bundesrat werden heute Gesetze beschließen, wobei die darin enthaltenen Maßnahmen wahrscheinlich für viele, die uns jetzt zuschauen, gar nicht mehr begreifbar sind und vielen als nicht umsetzbar erscheinen. Es sind heute schon so viele Dinge besprochen worden, die auf einen einprasseln. Es wird schwer werden, das in weiterer

**Bundesrat Günther Novak**

Folge vor Ort umzusetzen. Es sind starke Einschränkungen, die wir tätigen müssen, aber sie sind absolut notwendig.

Lassen Sie mich zu einer Unternehmergruppe Stellung nehmen, die es besonders hart trifft! Das ist die Tourismus- und Freizeitwirtschaft. Wir haben vor gar nicht allzu langer Zeit hier über das Tourismusjahr 2019 gesprochen. Wenn wir uns das noch einmal ein bisschen vergegenwärtigen: Da stehen 153 Millionen Nächtigungen zu Buche. Es hat in den letzten Jahren Steigerungen gegeben; vor zehn Jahren waren es 124 Millionen, jetzt sind es 153 Millionen Nächtigungen.

Dieses Jahr wurde bei uns zu Hause berichtet – ich komme auch aus einer Tourismusgemeinde –, dass es bis Ende Februar ein Plus von 10 Prozent gibt, dass es ein wunderbares Jahr werden wird. Das mit dem Schnee und rundherum hat alles gepasst, und dann kommt der Tag X so wie in der letzten Woche. Dabei haben wir schon gewusst, dass sich dieser Coronavirus verbreitet. Ich habe da einen Zeitungsausschnitt vom 28. Jänner, in dem schon darüber geschrieben worden ist, dass die Börsen eingebrochen sind und dass es in China die ersten Toten gegeben hat. Wir waren aber immer noch frohen Mutes, dass es so weitergehen wird wie bis dahin.

Jetzt stehen wir vor der Realität, dass alles zum Erliegen gekommen ist – wir sind ja zum Beispiel oft in der Stadt Wien oder bei uns zu Hause unterwegs –, dass also die Plätze menschenleer sind und auch die Touristen abreisen, abreisen müssen, wie auch immer. Jetzt, in dieser Zeit, wollen wir versuchen, all das in den Griff zu bekommen.

Vielleicht zum Tourismus noch zwei, drei Worte, weil man schon die Bedeutung der Berufsgruppe kennen sollte, die da am Werk ist: Der Tourismus erwirtschaftet 8,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, und zusammen mit der Freizeitwirtschaft ergibt sich ein BIP-Anteil von 15,3 Prozent. Es ist also ein wesentlicher Beitrag, der in diesem Wirtschaftsbereich von unseren fleißigen Unternehmerinnen und Unternehmern erzielt wird.

Wir wissen auch – und dazu werde ich dann ganz kurz kommen –, dass im Beherbergungs- und Gastronomiebereich im Jahr 2018 – von 2019 habe ich die Zahlen nicht – rund 312 000 Personen in 48 000 Betrieben beschäftigt waren. Das entspricht 11 Prozent der Gesamtbeschäftigung. Wir sehen also, dass es sich da um eine wahrlich große Berufsgruppe handelt, die wir unterstützen müssen.

Ich bin mir nicht ganz sicher, auch wenn jetzt von Frau Zwazl dargestellt worden ist, wie die Unterstützung der Betriebe in weiterer Folge erfolgen soll, dass alles so eintrifft. Wir werden diesen Gesetzentwurf natürlich auch mitbeschließen, aber es bedarf sicher der einen oder anderen Abänderung.

Wenn ich mir anschau, dass die Regierung die garantierte Vergütung für den Verdienstentgang laut Epidemiegesetz gestrichen und durch die Bestimmungen im Coronanotfallgesetz ersetzt hat, dann weiß ich, dass es mit der Entgeltfortzahlung Probleme geben wird. Bis das Geld überwiesen werden kann, wird es dauern. Wie viel entschädigt wird, steht auch noch nicht ganz fest.

Ich habe mit Unternehmerinnen und Unternehmern gesprochen – ich war ja lange selbst in der Tourismuswirtschaft tätig. Ich habe Menschen mit Tränen in den Augen getroffen, die investiert haben oder nur Einzelunternehmer sind, also einzelne Personen, die vielleicht mit einer halben Arbeitskraft oder eineinhalb Arbeitskräften arbeiten und die wahrscheinlich nicht über die Runden kommen werden. Die werden am Montag nicht wissen, wie sie ihr Geld im nächsten Monat verdienen können.

Es wird aber auch Betriebe mit bis zu 25 Mitarbeitern geben, in denen es Insolvenzen und Kündigungen geben wird. Davon bin ich felsenfest überzeugt. Um das zu verhin-

**Bundesrat Günther Novak**

dern, müssen wir diese Unternehmen mit bis zu 25 Mitarbeitern sofort nach dem Epidemiegesetz entschädigen. Große Unternehmen können ja mit den Überbrückungskrediten, die uns bekannt sind, über die Abbag unterstützt werden.

Bezüglich der kleinen Unternehmen, die heute schon angesprochen worden sind, und der Mitarbeiter, die dort arbeiten, bin ich mir nicht so sicher, dass morgen beim AMS alles so reibungslos funktioniert. Zum einen wird man dort nicht vorstellig werden können – das ist ja schon so kommuniziert worden –, zum Zweiten bin ich nicht sicher, dass das jeder per E-Mail von zu Hause aus erledigen kann, weil man das unter Umständen nicht zur Verfügung hat, und beim Telefonieren werden viele Telefonleitungen zusammenbrechen. Wie auch immer: Wir hoffen natürlich, dass das funktioniert und dass im Laufe der Zeit – wenn es Nachsicht gibt, dass es länger dauert – die Möglichkeit gegeben ist, dass das dort angemeldet werden kann.

Der Bundesminister ist schon gegangen; er hat ja als Finanzminister die Möglichkeit, über diese 4 Milliarden Euro zu verfügen. Da in den letzten Äußerungen auch festgestellt worden ist, dass für die Tourismuswirtschaft – um bei ihr zu bleiben – 100 Millionen Euro bereitstehen, sage ich Ihnen an dieser Stelle: Das ist weitaus zu wenig. Es wird sicher in den Bereich von 1 Milliarde Euro gehen, damit die Betriebe in weiterer Folge unterstützt werden können.

Frau Kollegin Mühlwerth sagt, dass die Menschen draußen durch das eine oder andere, das nicht so schnell passiert ist, verunsichert sind. – Ich frage dich (*in Richtung Bundesrätin Mühlwerth*) an dieser Stelle: Wenn man die Menschen nicht verunsichern will, was war das dann am Donnerstag, als man in dieser schwierigen Situation, die es ja eh schon gibt, auch noch eine Dringliche Anfrage zum Thema Grenzschutz und Flüchtlinge gemacht hat? (*Beifall bei der SPÖ und bei BundesrätInnen der ÖVP. – Bundesrätin Mühlwerth: Ja, weil das auch ein schwieriges Thema ist!*)

Versuchen wir doch alle, gemeinsam – das spüre ich ja auch – all das zu tragen, was hier gemacht worden ist. (*Bundesrätin Mühlwerth: Mein Gott na!*) Wir sind wirklich stolz auf jene Leute, die da am Werken sind. Wir sind da ja alle mit dabei, weil es schlussendlich um unsere Bevölkerung geht.

Ich sage wirklich schon jetzt Danke an alle, und ich sage das auch als Bürgermeister – es sind ja Bürgermeisterinnen und Bürgermeister hier mit dabei im Plenum –, dass wir in den nächsten Monaten aufeinander, auf unsere Mitmenschen schauen sollen. Vor allem bitten wir unsere älteren MitbürgerInnen – man kann es nicht oft genug sagen –, dass sie wirklich zu Hause bleiben: Bleibt zu Hause, damit ihr euch nicht anstecken könnt!

Ich glaube, es geht um den Schutz unserer Gesundheit; ich glaube, da sind wir alle einer Meinung. Zusammen sind wir stärker als Corona; das sollte eigentlich das Schlusswort sein. Ich wünsche Ihnen hier im Parlament und zu Hause alles Gute für die nächsten Monate. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*)

16.18

**Vizepräsident Michael Wanner:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Dr. Michael Schilchegger. Ich erteile es ihm.

16.18

**Bundesrat MMag. Dr. Michael Schilchegger** (FPÖ, Oberösterreich): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Frau Bundesminister! Werter Herr Bundesminister! Sehr geehrte Damen und Herren! Zu dem vorliegenden Maßnahmenpaket appelliere ich an Sie, werte Damen und Herren auf der Regierungsbank und von der Volkspartei und von den Grünen – Sie tragen mit Ihrer Regierungsmehrheit eine sehr hohe und wertvolle politische Verantwortung –, ich appelliere wirklich: Seien Sie ehrlich! Bleiben Sie trans-

**Bundesrat MMag. Dr. Michael Schilchegger**

parent! Sagen Sie der Bevölkerung, was Sie tun und warum! Verkünden Sie nicht nur stündlich neue Maßnahmen zur Eindämmung dieser Pandemie, sondern erklären Sie auch, wie Sie mit diesem Gesetzespaket und womöglich mit weiteren Paketen die Entschädigungsfrage regeln wollen, die für unsere Betriebe so wesentlich ist, die für Insolvenz oder Fortbestand unserer Unternehmen entscheidend sein kann!

Auf Basis des Epidemiegesetzes war es ja bereits bis heute möglich, Betriebsschließungen und sonstige Maßnahmen infolge der aktuellen Krise anzuordnen. Zum Ausgleich für diesen Eingriff in das Grundrecht auf Erwerbsfreiheit wird den Betroffenen auf Basis des Epidemiegesetzes auch ein Rechtsanspruch auf Entschädigung gewährt. Das ist klar und eindeutig. Man hat irgendwo einmal gehört, das Epidemiegesetz sei ja gar nicht mehr zeitgemäß. – Das ist natürlich ein Unsinn. In Wahrheit wurde auch dieses Gesetz in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer wieder novelliert und könnte natürlich auch mit einer einfachen Gesetzesnovelle angepasst werden.

Das von Ihnen vorgelegte Gesetzespaket beabsichtigt etwas anderes. Sie wollen ja die flächendeckenden Betriebsschließungen und Einschränkungen des öffentlichen Lebens nicht basierend auf dem Epidemiegesetz verordnen, sondern gestützt auf ein brandneues Gesetz, in dem nicht nur geringere Entschädigungsansprüche für die Betriebe, sondern gar keine Entschädigungsansprüche vorgesehen sind. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: Alle Betriebsschließungen, alle Ausgangssperren, die basierend auf diesem neuen Gesetz nun verfügt werden sollen, bleiben zunächst einmal entschädigungslos. Sie umgehen also mit diesem Gesetzespaket das Epidemiegesetz und nehmen damit den betroffenen Unternehmen und Betrieben einen bestehenden Rechtsanspruch auf Entschädigung weg.

In einem weiteren Schritt ersetzen Sie nun diesen Entschädigungsanspruch durch die bloße Möglichkeit, intransparente Förderungen und Überbrückungshilfen zu beantragen, die noch dazu der Höhe nach begrenzt sind. Sie sprechen ja gerne über dieses 4-Milliarden-Euro-Förderpaket. Die genauen Kriterien für diese Förderungen werden nicht offengelegt. Sie sagen nicht, welche Unternehmen davon in welcher Höhe profitieren sollen und welche gar nicht. Sie schweigen einfach darüber. Ebenso schweigen Sie darüber, dass Sie die Entschädigungsansprüche, die nach dem Epidemiegesetz schon seit Jahrzehnten vorgesehen sind, gerade in dieser für die Betroffenen schwierigen Ausnahmesituation aushebeln.

Das ist ja alles zulässig, das kann man ja sagen. Man kann ja den Bürgern erklären, man kann den Unternehmen und Betroffenen erklären: Meine Damen und Herren, das wäre eine Überlastung der Bundesfinanzen, wenn jeder Einnahmenentfall in voller Höhe durch den Staat zu entschädigen wäre! – Das wäre einmal eine ehrliche Informationspolitik, die sich die österreichischen Bürger und Unternehmen auch verdient haben. (*Beifall bei der FPÖ und bei BundesrätInnen der SPÖ.*) In den Medien findet man dazu nichts. Man hört darüber nichts, man liest darüber nichts. Ja, nicht einmal in den Erläuterungen zur Regierungsvorlage zu diesem Gesetzespaket findet sich darüber etwas.

Ich zitiere nun aus einem brandaktuellen Interview mit Frau Bundesministerin Schramböck aus dem „Standard“. Gefragt wurde da unter anderem betreffend staatliche Entschädigungspflicht für den Verdienstentgang, der durch diese behördlichen Schließungen entsteht: „Ist diese Kompensation in den vier Milliarden enthalten“, die als Unterstützung für die betroffenen Unternehmer kommuniziert wurden? – Die Antwort der Frau Bundesministerin Schramböck – ich zitiere wiederum wörtlich –: „Das Epidemiegesetz wird diesbezüglich nicht geändert. Wir haben [...] ein davon unabhängiges Gesetz vorgelegt. Dieses neue Hilfspaket hat einen Umfang von vier Milliarden Euro.“

Sie tun also so, als würden diese 4 Milliarden Euro neben das Epidemiegesetz treten, dass die Unternehmen und Betriebe also bessergestellt würden, als es nach der gel-



**Bundesrat MMag. Dr. Michael Schilchegger**

tenden Rechtslage der Fall wäre. – Das genaue Gegenteil ist der Fall. Keine Rede davon, dass Sie den Entschädigungsanspruch nach dem Epidemiegesetz in Wahrheit aushebeln, meine Damen und Herren! Das wäre die zentrale Information gewesen. Ihre Informationspolitik, was die Entschädigungsfrage betrifft, ist zurzeit das Gegenteil von ehrlicher, transparenter und vollständiger Information. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Was haben eigentlich die Freiheitlichen in dieser Zeit getan? Kann die Opposition da nur kritisieren? – Nein. Wir haben Ihre Regierungsvorlage gestern Nachmittag erhalten, gelesen, analysiert und die Auswirkungen geprüft. Wir haben heute im Nationalrat einen Abänderungsantrag dazu eingebracht, der neben vielen anderen Verbesserungen für Unternehmer natürlich auch die sinngemäße Anwendung des Epidemiegesetzes in der Entschädigungsfrage vorgesehen hätte. All das ist aus unserer Sicht nämlich ein Gebot der Fairness gegenüber den betroffenen Unternehmerinnen und Unternehmern.

Die türkis-grüne Regierungsmehrheit hat unseren Abänderungsantrag natürlich wie erwartet abgelehnt. Es steht daher heute im Bundesrat das Gesetzespaket in der Form zu Abstimmung, wie Sie das wollen, meine Damen und Herren von der Bundesregierung, von der ÖVP und von den Grünen. Sie tragen aber nun auch die Verantwortung für die Folgen, die sich daraus ergeben. Meine Damen und Herren, gehen Sie sorgsam mit Ihrer Verantwortung um und bleiben Sie ehrlich! *(Beifall bei der FPÖ.)*

16.23

**Vizepräsident Michael Wanner:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Bundesrat Andreas Lackner. Ich erteile es ihm.

16.24

**Bundesrat Andreas Lackner** (Grüne, Steiermark): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Bundesminister! Sehr geehrter Herr Bundesminister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Zuseherinnen und Zuseher! Die Ereignisse der letzten Tage sind dramatisch und besorgniserregend. Sie machen mich aber auch stolz und zuversichtlich; stolz auf unser Land, seine Institutionen und seine Bewohnerinnen und Bewohner. Es ist beeindruckend, wie rasch und entschlossen alle Verantwortlichen handeln. Es zeigt sich wieder einmal: Wenn es darauf ankommt, dann können wir; wir können zusammenhalten, Verantwortung übernehmen und lösungsorientiert handeln. Im Gesamtbild zeigt sich, was Konsensdemokratie kann und wie wertvoll sie ist.

Die Sozialpartner haben hervorragende Arbeit geleistet und gemeinsam mit der Regierung ein Maßnahmenpaket erarbeitet, das im Wesentlichen zwei Ziele verfolgt: erstens, die Ausbreitung des Coronavirus zu verlangsamen und damit das Funktionieren unseres Gesundheitssystems weiterhin zu gewährleisten, und zweitens, die negativen ökonomischen Auswirkungen abzufedern, so gut es geht, und die Wirtschaft am Leben zu erhalten. – Dieses Maßnahmenpaket ist ein erster wichtiger Schritt, um sofort handlungsfähig zu sein. Weitere Pakete werden je nach Entwicklung dieser Krise sicherlich folgen.

Die Solidarität blüht jetzt auf. In ganz Österreich bilden sich Initiativen zur Hilfe für Schwächere. Es gibt sehr viele positive Beispiele aus der Zivilgesellschaft, die zu einer Verbesserung der Situation führen, wie zum Beispiel Angebote, Einkäufe für ältere Menschen zu erledigen oder Kinderbetreuung zu übernehmen, aber auch öffentliche Institutionen reagieren rasch und unbürokratisch. So ist es zum Beispiel möglich, Arbeitslosmeldungen beziehungsweise Anträge auf Arbeitslosengeld per E-Mail und sogar per Telefon zu erledigen.

Nun ist die Zeit des Zusammenhalts, die Zeit, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen und Einzelinteressen hintanzustellen. Sehr viele, auch hier im Hohen Haus, leben das. Wir haben damit ein gutes Fundament, um das Vertrauen der Bevölkerung in die

**Bundesrat Andreas Lackner**

öffentlichen Institutionen und in die Politik aufrechtzuerhalten und damit gut durch diese Krise zu kommen.

Und weil es nicht oft genug gesagt werden kann: Leute, bleibt daheim! – Danke. (*Beifall bei Grünen und ÖVP.*)

16.27

**Vizepräsident Michael Wanner:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Bundesrat Ernest Schwindsackl. Ich erteile es ihm.

16.27

**Bundesrat Ernest Schwindsackl** (ÖVP, Steiermark): Geschätzter Herr Präsident! Sehr verehrte Frau Bundesminister! Herr Bundesminister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Damen und Herren zu Hause vor den Bildschirmen! Wir erleben derzeit einen temporären Stillstand der gesamten Gesellschaft. Der Normalzustand ist außer Kraft gesetzt. Die Epidemie bietet somit die Chance, die Schönheit jener Selbstverständlichkeiten zu erkennen, mit denen wir sonst leben: öffentliche Plätze, Restaurants, Kaffeehäuser, Kinos, Festivals, Straßen- und U-Bahn, die Schulen und die Optionen des Reisens. Es ist das Erkennen von Freiheiten, die derzeit nicht mehr gelebt werden können: keine Fußballspiele, Popkonzerte, Jubiläen, Messen, Preisverleihungen, Konferenzen. Wir sehen, was wir im Getriebe nicht zu sehen pflegen: manche Unnötigkeiten.

Wir erfahren das Wanken einer gesicherten Welt, eine Bedrohung, mit der wir erst müssen umgehen lernen. Wenn ansonsten der Tod in diese gesicherte Welt hereinkommt, etwa durch Terror, ist zwar das Entsetzen groß, doch man kann die Schuldigen benennen und auf Sicherheitskräfte vertrauen. Im Coronafall gilt das nicht. Es ist niemand schuld. Ende der Machbarkeit: Es ist eine andere Spezies, die uns angreift, nämlich Viren, die zu unserem Schaden selbst überleben wollen. Wir wollen aber überleben.

Dank der Bundesregierung, die ein großartiges, auch international beachtetes Krisenmanagement an den Tag legte und legt, können und müssen wir uns nach dem wichtigsten Gut, der Gesundheit, dem Thema Arbeit widmen. Arbeit ist nach der Maslow'schen Bedürfnispyramide kein Grundbedürfnis, für manche überhaupt kein Bedürfnis. Nach den Grundbedürfnissen kommen ja die Sicherheit – ein ganz wesentlicher Faktor, den wir jetzt tagtäglich auch spüren (*Bundesrat Rösch: Essen! Trinken!*) –, der soziale Kontakt – das soziale Wesen, das jetzt eingeschränkt wird –, die Anerkennung und die Selbstverwirklichung, die in diesen Tagen natürlich ganz unwesentlich erscheint.

Arbeit ist nach der christlichen Soziallehre Sinnerfüllung und gleichzeitig auch eine Notwendigkeit, sich und seinen Angehörigen sowie für die gesamte Volkswirtschaft durch ein monetäres Einkommen einen je nach Gegebenheit möglichen Lebensstandard zu sichern. Die Bundesregierung will und wird in dieser schwierigen Zeit so viele Arbeitsplätze wie möglich sichern. Daher werden für die bereits angesprochene Kurzarbeit bis zu 400 Millionen Euro zur Verfügung gestellt – besonderer Dank auch dafür! Man sieht auch, wie gut dieser Schulterschluss zwischen Wirtschaft und Arbeit – sprich den Gewerkschaften, Arbeiterkammer und auch Wirtschaftskammer – funktioniert, wenn wir es auch wollen.

Das neue Coronakurzzeitarbeitsmodell wird – wie wir bereits gehört haben – allen Unternehmen zugänglich sein, unabhängig von der Größe und der Branche. Die Abwicklung wird vereinfacht, und die Betriebe haben im neuen Modell auch die Möglichkeit, die Arbeitszeit über längere Perioden innerhalb dieses Durchrechnungszeitraums bis auf null zu senken. Das Coronakurzzeitarbeitsmodell ist ein weiteres sinnvolles und wichtiges Instrument in dieser Krise. Seitens des AMS wird ja an einer raschen und professionellen Umsetzung gearbeitet. – Herzlichen Dank, Frau Minister!

**Bundesrat Ernest Schwindsackl**

Wichtig ist, dass Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Unternehmen bleiben und nach der Krise auch sofort wieder weiterarbeiten können. Zum ersten Mal haben die Unternehmen auch die Möglichkeit, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gänzlich nach Hause gehen zu lassen, gleichzeitig aber im Unternehmen weiter zu beschäftigen. Bisher gab es ja sonst nur die Möglichkeit der Arbeitslosigkeit.

Gestatten Sie mir schon auch, ein paar Sätze betreffend die ältere Generation kundzutun: Die Seniorinnen und Senioren stehen voll und ganz hinter den Schutzmaßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung des Coronavirus. Sie sind richtig und wichtig. Die Besorgnis vor allem bei älteren Menschen – es betrifft eben einen Großteil dieser Gruppe – ist ja nicht verwunderlich, immerhin sind Senioren auch bei der saisonalen Grippe besonders gefährdet. Ich habe aber auch nicht nur junge Menschen in Parkanlagen liegen und sitzen gesehen, sondern auch einige ältere Personen. Da möchte ich schon appellieren, das in den nächsten Tagen nicht zu tun, auch nicht die sicher sehr angenehmen Seniorennachmittage – es sind ja meistens keine Abende, es sind Nachmittage – zu besuchen, diese sozialen Kontakte zurückzunehmen und vielleicht auf eine spätere Zeit zu verlegen.

Es ist unsere Aufgabe, dieser eben besonders gefährdeten Gruppe mit gutem Beispiel voranzugehen. Das dient nicht nur dem eigenen Schutz, sondern dem Schutz aller. In einer Ausnahmesituation wie dieser müssen wir alle gemeinsam füreinander Verantwortung tragen und vor allem auch füreinander da sein.

Ein Dank an alle, die beruflich, aber auch ehrenamtlich – da denke ich an die vielen Einsatzorganisationen, die ja weitestgehend ehrenamtlich besetzt sind – dazu beitragen, dass das öffentliche Leben, dass dieser Bereich, den wir für selbstverständlich erachtet haben, auch in Zukunft zumindest halbwegs funktioniert. Die Personenbetreuung im Bundesland Niederösterreich wurde angesprochen: Bei uns in der Steiermark ist dies natürlich auch gewährleistet. Hier sind auch alle Maßnahmen getroffen worden, die zu treffen sind.

Auch von meiner Seite wünsche ich Ihnen und uns alles Gute, damit wir diese Krise – vor allem, was wichtig ist: gesund – überleben. – Herzlichen Dank! *(Beifall bei ÖVP und Grünen sowie bei BundesrätInnen der SPÖ.)*

16.34

**Vizepräsident Michael Wanner:** Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Bundesrätin Doris Hahn. Ich erteile es ihr.

16.34

**Bundesrätin Doris Hahn, MEd MA (SPÖ, Niederösterreich):** Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Bundesregierung! Werte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen im Bundesrat! Frau Kollegin Mühlwerth hat es mir schon vorweggenommen, denn ich habe es mir auch aufgeschrieben, deswegen in aller Kürze auch noch einmal seitens der Sozialdemokratie: ein herzliches Dankeschön an all die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hohen Hauses, der Parlamentsdirektion, aber auch an die Mitarbeiter der Klubs, die es natürlich erst wirklich ermöglichen, dass wir hier und heute so rasch die notwendigen Gesetze auf den Weg bringen können. – Danke vielmals dafür! *(Allgemeiner Beifall.)*

Wenig überraschend – wir haben es heute schon gehört –: Die Sozialdemokratie wird natürlich den Gesetzesbeschlüssen, die heute vorliegen, nicht im Wege stehen, damit die geplanten Restriktionsmaßnahmen auch tatsächlich in Kraft treten können und damit nicht zuletzt auch eine arbeitsrechtliche und eine finanzielle Absicherung der Betriebe auf der einen, aber vor allem auch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf der anderen Seite entsprechend gewährleistet werden kann.

**Bundesrätin Doris Hahn, MEd MA**

Genau deshalb müssen wir aber auch auf einzelne Punkte hinweisen, die aus unserer Sicht noch nicht optimal gelöst wurden. Das betrifft beispielsweise immer noch die Problematik der Kinderbetreuung, auf die ich ja schon in der Sitzung am Donnerstag hingewiesen habe. Im schlimmsten Fall könnte die aktuelle Situation über mehrere Wochen hinaus andauern; wir wissen aus heutiger Sicht noch nicht, wie lange sich die Dauer diese Situation noch erstrecken wird. Gerade für Alleinerziehende kann es dann extrem schwierig werden, wenn sie unter Umständen eine Dienstfreistellung von mehr als drei Wochen benötigen. Wie wir wissen, sind die Schulen ab morgen zu, die Großeltern sollen aus bekannten medizinischen Gründen nicht zur Kinderbetreuung herangezogen werden. Es bleibt also oft nur das Fernbleiben vom Arbeitsplatz, damit das Kind eine entsprechende Betreuung erfahren kann.

Es braucht aus unserer Sicht ganz dringend eine Sonderfreistellung anstatt der im Gesetz vorgesehenen Kannbestimmung über den Zeitraum von drei Wochen hinaus und dazu auch noch eine Entgeltfortzahlung durch die öffentliche Hand, und nicht nur zu einem Drittel, sondern zu 100 Prozent. Ich denke, der Bund hat seiner Verantwortung nachzukommen, damit keine Beschäftigten gekündigt werden müssen, weil sie ihrer Betreuungspflicht als Elternteil nachkommen. Da ist, glaube ich, ganz, ganz dringend Handlungsbedarf und Nachbesserung notwendig. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ähnliches oder Gleiches gilt auch für jene Personen, die zu pflegende Angehörige zu betreuen haben, wenn beispielsweise die 24-Stunden-Pflegekraft aufgrund von Einreisestopps – oder was auch immer dann noch kommen mag – eben nicht die Betreuung übernehmen kann. Da ist es ganz, ganz entscheidend: Wir dürfen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht im Stich lassen, und das Schutzschirmchen, das wir aufgespannt haben, muss ganz, ganz dringend noch zu einem großen Schutzschirm werden! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Änderung des Schulunterrichtsgesetzes werden wir natürlich auch in diesem Zusammenhang unsere Zustimmung erteilen. Es geht ja, wie wir wissen, um eine Verschiebung diverser Termine für die standardisierte Diplom- und Reifeprüfung – sprich Zentralmatura –, für Vorbereitungsprüfungen an den Unis und an den Hochschulen. Es geht aber auch um Präsentationstermine der vorwissenschaftlichen Arbeiten. Es hieß ja noch vor einigen wenigen Tagen, die können durchaus stattfinden, wenn auch in Kleingruppen. Erst vor wenigen Stunden ging dann doch eine Information des Bildungsministeriums hinaus, dass man davon Abstand nehmen soll. Es geht aber auch, wie wir erfahren haben, unter Umständen um Termine für Präsenzdienst, Zivildienst und vieles andere mehr.

In diesem Sinne darf ich nochmals eindrücklich darum bitten, möglichst rasch ganz konkrete Zeithorizonte zu nennen, damit die betroffenen Schülerinnen und Schüler auch in dieser sehr unsicheren Zeit entsprechende Planungssicherheit haben können. Vor allem darf ich auch um eine ganz klare und eindeutige Kommunikation und Information nach außen bitten: Wie steht es um die Präsentationen für die VWA? Wie steht es beispielsweise auch um die Betreuung an den Schulen? Wann kann oder soll man in die Schulen kommen, um vielleicht noch Material abzuholen, denn nicht in allen Fällen ist es immer so unproblematisch möglich, Online- und E-Learning zu ermöglichen? – Ich bitte daher auch dahin gehend noch einmal das Bildungsministerium um eine ganz konkrete und eindeutige Information.

Eines möchte ich nichtsdestotrotz auch Herrn Minister Faßmann noch auf den Weg mitgeben – ich weiß schon, in der jetzigen Situation ist es natürlich nicht unsere vordergründige Problematik –; ich zitiere aus einer Stellungnahme der Landeschülerversammlung Niederösterreich, auf deren Website es im Zusammenhang mit dem Coronavirus heißt:

**Bundesrätin Doris Hahn, MEd MA**

„Wir dürfen hierbei nochmal darauf hinweisen, dass viele Schulbücher online zur Verfügung stehen, jedoch nutzen dieses Angebot zum jetzigen Zeitpunkt nur 18% der Schülerinnen und Schüler. Man sieht anhand diesem Beispiel, dass es in der Vergangenheit leider sehr stark verabsäumt wurde, digitale Medien in die Schulen zu bekommen. In der derzeitigen Situation wäre es für alle Betroffenen leichter, wenn die Maßnahmen für den digitalen Unterricht nicht jetzt erst beginnen müssen, sondern bereits gelebter Alltag wär. Hier können wir als Niederösterreichische Landesschülerversammlung nur nochmal darauf hinweisen, dass über kurz oder lang Geld für diesen digitalen Ausbau der Schulen zur Verfügung gestellt werden muss.“ – Ich glaube, dem können auch wir als Sozialdemokratie nichts hinzufügen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es sind ungewöhnliche Tage, ungewöhnliche Wochen, die uns bevorstehen, dringende Maßnahmen, die jetzt gesetzt werden müssen, auch finanzieller Natur, wie wir sie heute beschließen müssen, wollen oder sollen – das Verb sei hier frei gewählt! Vielleicht kann uns aber bei allem, was da noch kommen mag, ein Gedanke leiten, und auch wenn es heute vielfach ein bisschen belächelt und kritisiert wird, möchte ich dennoch mit diesem Zitat von Bruno Kreisky schließen, das uns in den nächsten Tagen ein bisschen leiten sollte: Ein paar Millionen Schulden mehr sollten uns weit weniger schlaflose Nächte bereiten, als es diese paar Hunderttausend Arbeitslose mehr tun würden. – Zitatende.

In diesem Sinne: Ja, wir stimmen diesem Paket zu, aber aus unserer Sicht sind ganz, ganz dringend weitere Schritte notwendig. – Vielen Dank. *(Beifall bei der SPÖ. – Bundesrat Bader: Der Kreisky! Der hat die Schulden gemacht ohne Not!)*

16.41

**Vizepräsident Michael Wanner:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Ing. Bernhard Rösch. Ich erteile es ihm.

16.41

**Bundesrat Ing. Bernhard Rösch (FPÖ, Wien):** Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrter Herr Minister! Werte Kolleginnen und Kollegen im Bundesrat! Sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher! Es ist für mich heute eine ganz besondere Sitzung, weil es erstmals darum geht, Bürger- und Grundrechte einzuschränken. Ich darf vielleicht erwähnen, dass ich es bei den Diskussionen, die wir heute und auch schon in den Tagen zuvor gesehen haben, für entbehrlich halte und zynisch finde, wenn man die Wörter Kriegsberichterstattung, Frischblut und Ähnliches verwendet, weil das das Ganze zwar untermalen soll, aber – ich sage jetzt einmal – nicht in besonnener Art und Weise. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Lage ist viel zu ernst und verlangt uns allen viel Disziplin ab. Wir kennen Katastrophen nur von Katastrophenschutzplänen. Wir kennen das von der Feuerwehr, bei der es Einsatzpläne und Nachrückpläne gibt, bei der man weiß, wie man darauf reagiert. Wir kennen das beim Bundesheer, wenn es darum geht, das Bundesheer in den Einsatz zu bringen, zum Katastrophenschutz, zum Wasserschutz oder bei atomarer Bedrohung.

Heute hat aber auch der Herr Finanzminister hier gesagt, es gibt so viele Fragen, auf die wir noch keine Antwort haben. Das macht uns natürlich umso besorgter, weil uns etwas an Sicherheit fehlt. Deswegen würde ich mir auch wünschen – die Regierung ist zwar immer gestellt und in großer Schar hier –, dass wir auch irgendwann einmal Experten dazu hören, die uns vielleicht sagen, wie lange das Virus überlebt. Wir haben das immer nur auf Facebook oder irgendwo im Internet gelesen. Es überlebt 20 Minuten, 30 Minuten, letztens habe ich von einem Virologen übers Internet mitbekommen: zwei Tage. Das ist schon ein großer Unterschied, auch bei meiner Vorkehrung, auch dort, wo ich hingehere, auch dort, wo ich versuche, das keimfrei zu machen, dort, wo

**Bundesrat Ing. Bernhard Rösch**

Leute doch noch zusammenkommen müssen. Das sind essenzielle Fragen, die ich an die Regierung hätte. Wann gedenkt sie, auch auf diese Fragen eine Antwort zu geben; obwohl es momentan tatsächlich eine große Herausforderung gibt und wir nicht alles gleichzeitig machen können?

Neben den Gesetzen braucht es natürlich auch eindeutige Anweisungen. In dieser Situation gibt es kein Bitte und Danke mehr, wenn wir schon die Demokratie ein Stück weit außer Kraft gesetzt haben. Es braucht auch keinen Konjunktiv, wie er dann in den Zeitungen steht: Arbeitgeber in nicht kritischen Bereichen können bis zu drei Wochen zusätzlich Coronasonderbetreuungszeit für die Betreuung der Kinder gewähren. – Dieses Können setzt die Mitarbeiter bereits unter Druck, denn der Arbeitgeber sagt: Zuerst einmal vielleicht die Überstunden, vielleicht einmal den Urlaub, das und das und das abbauen! – Es ist in vielen Betrieben unterschiedlich. Auf dieses Mittel wird nicht unbedingt zurückgegriffen, und das nicht unbedingt zum Vorteil der Arbeitnehmer.

Wir sehen, dass mit dem Beschluss, den wir heute alle treffen werden, zwar die größeren Betriebe eine gewisse Sicherheit haben, aber die kleineren Betriebe oder die Kleinstbetriebe und die EPU's nicht wissen, wie es morgen weitergehen wird. In meinem Umfeld war es wirklich so, dass gerade die Gastronomie zugesperrt und gekündigt hat. Ein Koch, der 20 Jahre in einem Betrieb war, hat mit Tränen in den Augen zu mir gesagt: Jetzt hätte ich noch fünf Jahre! Ich weiß nicht, wie das geht.

Wir können dann natürlich sagen, über das Arbeits- und Sozialgericht kann man das alles aufrollen und, und, und. Was aber bewegt denn den Arbeitgeber dazu? – Der braucht das mit den zwei Dritteln oder sonst irgendwelche Maßnahmen nicht. Der möchte Planungssicherheit haben. Es geht um sein finanzielles Überleben. Das müssen wir ganz einfach einmal mit ins Kalkül nehmen, dass die Menschen nicht nur Angst vor einer Krankheit haben, sondern Angst davor, dass es finanziell nicht mehr weitergeht. Dazu habe ich bei den kleineren Segmenten nichts gesehen. Wir werden es noch beim Arbeitsmarktservice sehen – ich hoffe in diesem Fall, dass ich nicht recht habe, aber ich befürchte es –, dass es da praktisch zum Anstieg von Arbeitslosigkeit kommen wird.

Auch Mütter haben mich angerufen und mir gesagt: Was soll ich denn machen? Bei mir gibt es die Betreuungseinrichtung, die offen haben soll oder die mich unterstützen soll, nicht! – Eine andere Mutter hat gesagt: Ja, es gibt zwar diese eine Möglichkeit, dass ich mein Kind in eine Gruppe geben kann, weil ich tatsächlich nicht weg kann, aber der Schulbus fährt nicht mehr! – Wir leben ja nicht nur in Wien, sondern es gibt auch den ländlichen Bereich, und dort ist das ein echtes Kriterium. Was sagen wir denen?

Es gibt noch so viele Fragen in dieser Sache, die wir beantworten könnten, wenn wir ganz einfach dieses Epidemiegesetz heranziehen würden. Warum scheuen wir uns so vor dem Begriff Epidemie – Epidemie oder Pandemie –, den der Herr Minister ja jetzt das erste Mal so richtig erwähnt hat? Wenn es schon eine Epidemie gibt, warum muss man dann wirklich eine Ausschlussgesetzgebung machen und verwendet nicht etwas, bei dem sich Altvordere überlegt haben, wie man so ein Gesetz für gravierende Zeiten formuliert?

Aber gut, wir wissen, dass wir heute im Schulterschluss zusammenstehen müssen. Ich würde mir von der ÖVP aber schon wünschen, sich auch zu überlegen, unserem Antrag zuzustimmen, so wie es meine Fraktionsvorsitzende Monika Mühlwerth gesagt hat, denn es geht darum, dass wir alle Steuern zahlen, und warum sollen nicht auch alle die Gewissheit haben, dass ihnen geholfen wird, wenn sie es brauchen? *(Beifall bei der FPÖ und bei BundesrätInnen der SPÖ.)*

Das klare Signal sollte jetzt sein – deswegen werden wir auch zustimmen –: Wir lassen niemanden im Stich, egal ob es um die Gesundheitsversorgung oder ob es um eine

**Bundesrat Ing. Bernhard Rösch**

Existenz geht! – Deswegen werden wir zustimmen, und ich hoffe, dass die ÖVP sich auch dazu durchringen kann, dem anderen Spektrum in der Wirtschaft auch die Unterstützung zuzusichern. *(Beifall bei der FPÖ und bei BundesrätInnen der SPÖ.)*

16.49

**Vizepräsident Michael Wanner:** Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Bundesrätin Dr.<sup>in</sup> Doris Berger-Grabner. Ich erteile es ihr.

16.50

**Bundesrätin Mag. Dr. Doris Berger-Grabner** (ÖVP, Niederösterreich): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Minister! Geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Liebe Österreicher, liebe Österreicherinnen! Wir haben von den Vorrednerinnen und Vorrednern bereits etliche wichtige Punkte gehört. Ich möchte mich daher bewusst kurz halten und mich auf das Thema Bildungslandschaft beschränken.

Schauen wir uns zunächst einmal die Ausgangssituation an: 411 000 Oberstufenschüler, 690 000 jüngere Schüler und Schülerinnen und rund 300 000 Kindergartenkinder bleiben idealerweise ab morgen zu Hause und werden dort von ihren Eltern betreut. Ich habe selber zwei Kinder im Volksschulalter und kenne daher die Bedenken vieler Eltern. Die Bundesregierung hat in den letzten Tagen Großartiges geleistet und sehr, sehr viele Maßnahmen gesetzt, die uns dabei unterstützen. Ich möchte sie nicht wiederholen, da wir ja heute schon etliche besprochen haben. Nur kurz seien noch einmal die Coronakurzarbeit oder die drei Wochen Sonderbetreuungszeit erwähnt.

Wir alle wissen, dass diese Maßnahmen notwendig sind, um die Verbreitung des Coronavirus einzudämmen und die Kurve flach zu halten. Wir wissen auch, dass diese Maßnahmen große Auswirkungen auf den Arbeitsalltag von uns Eltern, von uns allen haben werden. Auch ich werde meine Kinder in den nächsten Wochen zu Hause betreuen und weiß genau, dass das neben Skype-Sessions mit meinen Studierenden oder Virtual-Classroom-Einheiten nicht einfach wird. Ich weiß aber, dass es notwendig ist, um uns alle zu schützen, und bitte alle, die die Möglichkeit dazu haben, dies genauso zu tun. Wir sind alle nicht vom Virus verschont. Wir haben alle Eltern, Großeltern, die uns wichtig sind, die uns sehr am Herzen liegen. Deshalb haben wir alle eine Verantwortung allen Mitmenschen gegenüber.

Die Coronaviruspandemie macht zahlreiche Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung, zum Schutz von uns allen notwendig. Eine dieser Maßnahmen ist eben auch das Aussetzen des Unterrichts, das auch die Kandidaten und Kandidatinnen für die abschließenden Prüfungen, insbesondere die Reife- und Diplomprüfungen, betrifft.

Ich bringe daher den **Antrag** gemäß § 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Bundesrates der BundesrätInnen Karl Bader, Korinna Schumann, Marco Schreuder, Kolleginnen und Kollegen ein, gegen den Beschluss des Nationalrates vom 15. März 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Schulunterrichtsgesetz, das Schulunterrichtsgesetz für Berufstätige, Kollegs und Vorbereitungslehrgänge und das Bundesgesetz über die Berufsreifeprüfung (103 der Beilagen) (TOP 2) geändert werden, keinen Einspruch zu erheben.

\*\*\*\*\*

Meine geschätzten Damen und Herren, diese Verordnungsermächtigung soll unserem Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung die Möglichkeit geben, auch von den bestehenden Regelungen abweichende Entscheidungen treffen zu können, um tatsächlich situationsangepasst reagieren zu können. Es soll sich um eine vorsorgliche Maßnahme für jene Kandidaten und Kandidatinnen handeln, die im Schuljahr 2019/2020 zu einer abschließenden Prüfung antreten sollen, wollen oder können. Dies umfasst auch die Wiederholungen.

**Bundesrätin Mag. Dr. Doris Berger-Grabner**

Da wir alle die genaue Entwicklung der Pandemie noch nicht mit ausreichender Sicherheit vorhersehen können, ist es wichtig, eine solche Vorsorge zu treffen – eine Vorsorge für den Fall, dass die Matura tatsächlich wegen des Coronavirus verschoben werden muss. Die Zentralmatura würde von 5. bis 13. Mai stattfinden. Wir wissen, dass es wegen der Schulsperren für die Maturaklassen eng wird, das Schuljahr abzuschließen, genau das aber ist die Voraussetzung, um zur Matura antreten zu dürfen.

Für die Maturaklassen ist in vielen Schulen bereits Mitte April Notenschluss. Wir wissen, es stehen noch einige Prüfungen und Schularbeiten an. Deshalb ergeht auch ein großer Dank an alle Pädagogen und Pädagoginnen, die in den letzten Tagen wirklich Großartiges geleistet haben. Sie haben Lernpakete zusammengestellt, Onlinekurse aus dem Boden gestampft, den Schülern und Schülerinnen Onlinematerialien zur Verfügung gestellt und sich für unsere Kinder und Jugendlichen eingesetzt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine geschätzten Damen und Herren, liebe Eltern, liebe Pädagoginnen und Pädagogen, liebe Schüler und Schülerinnen, die Schließung der Schulen wird für uns alle eine Herausforderung werden, aber sie ist wichtig. Es ist wichtig, dass wir jetzt zusammenhalten und uns gegenseitig unterstützen. Wir lassen Sie nicht allein und unterstützen Sie, wo wir können.

Niemand kann die Herausforderungen, die in den nächsten Wochen auf uns zukommen, im Alleingang bewältigen, daher braucht es eine breite Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren – vom Bildungssektor angefangen bis hin zu Wirtschaft und Arbeitsmarkt hinsichtlich kritischer Versorgung und Infrastruktur unter Einbindung von uns allen.

Zum Schluss erscheint es mir sinnvoll, noch einmal hervorzuheben, was unser Bundeskanzler Sebastian Kurz heute schon gesagt hat: Schützen Sie sich und Ihre Mitmenschen! Schränken Sie sich in Ihrem persönlichen Umfeld ein und bleiben Sie bitte zu Hause! Nur wenn die Maßnahmen eingehalten werden, haben wir tatsächlich die Chance, neue Infektionsfälle einzudämmen, Krankheit, Leid und Tod hintanzuhalten. Alle Menschen in Österreich sind nun ein Team. Halten wir zusammen und leisten wir alle einen lebensrettenden Beitrag! *(Beifall bei der ÖVP.)*

16.57

**Vizepräsident Michael Wanner:** Der eingebrachte Antrag ist genügend unterstützt und steht somit mit in Verhandlung.

Als Nächster zu Wort gelangt Herr Bundesrat Ingo Appé. Ich erteile es ihm.

16.57

**Bundesrat Ingo Appé** (SPÖ, Kärnten): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Bundesminister! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren zu Hause! Die Anfahrt aus Kärnten heute am Vormittag war ein sehr einprägsames Erlebnis: Von Klagenfurt bis zur Abfahrt in Wien bin ich auf einer leeren Autobahn gefahren, dann durch die Wiedner Hauptstraße bis zum Ring gemeinsam mit fünf Autos und alleine am Ring bis zum Heldenplatz. Unter normalen Voraussetzungen würde ich sagen: eine coole Angelegenheit! – Das aber ist es ganz und gar nicht. Es ist eigentlich beklemmend.

Die Lage ist sehr ernst und die Zeit ist knapp. Die derzeitige Situation ist im Prinzip ein traumatisierender Schock für unsere Gesellschaft. Als Bereichssprecher für Gesundheit kann ich nur feststellen: Nützen wir die Zeit, die uns bleibt, bevor in Österreich die Fallzahlen und damit auch die Zahl der schweren Erkrankungen stark ansteigen! Es wird ein wahrer Stresstest für unsere Spitäler, für den wir uns wappnen müssen. Es ist daher dringend erforderlich, die Spitäler sofort mit Beatmungsgeräten, mit ausreichend



**Bundesrat Ingo Appé**

Schutzausrüstung und so weiter aufzurüsten und gezielte Schulungen für das gesamte Krankenhauspersonal zu organisieren. Wir müssen mit aller Kraft verhindern, dass sich Ärzte und Pflegepersonal anstecken und somit ausfallen.

Die gesetzten Maßnahmen zur Eindämmung des Virus sind für viele nicht einfach, aber sie sind absolut notwendig, um die Gefahr einzudämmen. Aus medizinischer Sicht gibt es zu diesen Schritten keine Alternative. So kann man die Ausbreitung des Virus verlangsamen, denn es geht um den Schutz der Gesundheit von uns allen.

Ein Vertreter des Roten Kreuzes hat treffend festgestellt: Jeder, der zu Hause bleibt, ist ein Lebensretter! – Im Umkehrschluss kann man sagen: Wer sich nicht an diese Maßnahmen hält – also all jene Personengruppen, die dies in der jetzigen Situation auf die leichte Schulter nehmen oder gar Fakenews in die Welt setzen, sich über die gesetzten Maßnahmen lustig machen – reiht sich ausnahmslos in das Gegenteil der Lebensretter ein. Daher der Appell an alle Österreicherinnen und Österreicher: Bleibt zu Hause! Rettet Leben!

Eines ist klar: Es bedarf eines Schutzschirms für die Wirtschaft, eines Schutzschirms für die Existenzgrundlagen und eines Schutzschirms für die Gesundheit. Menschen haben verständlicherweise Angst – Angst um ihre Gesundheit, Angst um ihre wirtschaftliche Existenz und Angst um ihren Arbeitsplatz.

Auf politischer Ebene sind es vor Ort die über 2 000 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Österreich, die an erster Stelle als Serviceeinrichtung für unsere Gemeindegemeinderinnen und Gemeindegemeinder da sind. Unsere Aufgabe ist es, aufzuklären, zu beruhigen, Vertrauen aufzubauen, Ängste abzubauen und das Krisenmanagement vor Ort aufzustellen. *(Allgemeiner Beifall.)*

Dazu ist auch ein rascher Informationsfluss an die Bürgermeister dringend notwendig. Gehen wir gemeinsam ans Werk, diese Krise zum Wohle der Menschen in unserer Heimat erfolgreich zu bewältigen! Daher werden die Anträge von unserer Fraktion auch Zustimmung finden.

Abschließend darf ich folgenden Antrag einbringen:

**Entschließungsantrag**

der BundesrätInnen Ingo Appé, Kolleginnen und Kollegen

betreffend „weitergehende Maßnahmen, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Coronavirus effektiv zu bekämpfen“

eingbracht im Zuge der Debatte zu Tagesordnungspunkt 1

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert dem Nationalrat und dem Bundesrat ein weiteres Maßnahmenpaket vorzulegen,

- das eine Arbeitsplatzgarantie für alle Betriebe enthält, die eine Unterstützung bekommen und den Sozialpartnervorschlag zur Kurzarbeit voll umsetzt,
- das volle Entschädigung für Verdienstentgang und Löhne nach dem Epidemiegesetz zumindest für Betriebe mit bis zu 25 Beschäftigten enthält,
- das für ArbeitnehmerInnen, die wegen ihrer Kinder oder wegen ihrer zu pflegenden Angehörigen zu Hause bleiben müssen, volle Entgeltfortzahlung durch die öffentliche Hand vorsieht,
- das mit sofortiger Wirkung ein zinsloses, automatisches Moratorium (Aussetzen) für Steuern sowie Sozialversicherungsbeiträge für betroffene Betriebe ohne Individualantrag umsetzt und

**Bundesrat Ingo Appé**

- das eine Stundung von Krediten, Geschäftslokalmietten sowie Zahlungen für Strom- und Gaslieferungen analog der italienischen Regelung vorsieht.“

\*\*\*\*\*

*(Beifall bei der SPÖ.)*

17.03

**Vizepräsident Michael Wanner:** Der von den Bundesräten Ingo Appé, Kolleginnen und Kollegen eingebrachte Entschließungsantrag betreffend „weitergehende Maßnahmen, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Coronavirus effektiv zu bekämpfen“ ist genügend unterstützt und steht damit in Verhandlung.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Mag. Reinhard Pisec. Ich erteile es ihm.

17.04

**Bundesrat Mag. Reinhard Pisec, BA MA (FPÖ, Wien):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Herr Bundesminister ist nicht mehr hier, er hat offensichtlich etwas anderes zu tun. *(Zwischenrufe bei FPÖ und Grünen.)*

Ich komme gleich zu meinem Thema. Ich bin kein Fachmann und mute mir auch nicht zu, zu evaluieren, ob diese gesellschaftspolitischen Maßnahmen maßvoll oder maßlos sind. Ich muss aber ganz offen sagen: Wenn ich morgen in meine Firma gehe – und das erwartet mich zwangsläufig, denn als Unternehmer muss ich das –, habe ich schon etwas Angst und zittere schon heute etwas davor, was mich erwartet, wenn ich zum Telefonhörer greife. Industriepolitisch traue ich mir diesen Krisenmodus, in dem wir jetzt alle zwangsläufig, notgedrungen sind, sehr wohl einzuschätzen. Ich frage mich, ob nicht Fabrikschließungen, Produktionsreduktionen und einfach die Unterbrechung der Lieferketten vor der Tür stehen.

Ich erinnere mich an die Finanzkrise von 2008/2009, die ja dann zur Staatskrise mutierte, als im Oktober 2008 über Nacht – es war über Nacht – die Lieferverträge gekündigt wurden. Es sind nicht nur die Warenflüsse eingebrochen, es wurden die Verträge gekündigt. Das ist auch eine Frage des Preises. Zu welchem Preis werden die Lieferketten aufrechterhalten? Zu welchem Preis findet das statt? Ich halte es schon für möglich, dass das stattfindet, es ist aber eine Frage des Preises. Es ist daher doch interessant, zu sehen, wie sich der Preis entwickelt. Es hat überhaupt noch niemand darüber gesprochen, wie sich die Preisentwicklung für den Unternehmer, aber auch für den Endverbraucher gestaltet.

2009 hatten wir eine Finanzkrise, und ich traue der Regierung auch zu, dass sie aus den Fehlern gelernt hat. Das glaube ich schon. Damals wurde zu spät beziehungsweise falsch reagiert. Österreichische Unternehmen haben damals eine Belastungswelle, eine Abgabenzusatzlast, bekommen. Heute geht die Regierung zu Recht in die andere Richtung. Die Frage ist, ob diese Maßnahmen reichen werden. Ich glaube, sie werden zu wenig sein. Wenn ich mir diese heraufbeschworene, notgedrungene Krise anschau, denke ich, dass es doch zu einigen Verwerfungen kommen wird.

Blicken wir zurück auf das, was 2008 bis 2009 in Österreich passiert ist! Die Börse ist für mich immer ein gewisser Index, was passiert, obwohl in den letzten Tagen – in diesen Chaostagen – die Investoren, die Konsumenten und die, die sich damit auseinandersetzen, selbst nicht wussten, in welche Richtung das ganze Schiff fährt: minus 10 Prozent am Donnerstag, plus 10 Prozent am Freitag; sehen wir, wie es morgen ist!

Ein Rückblick auf die vergangenen zehn Jahre ist aber sehr wohl aussagekräftig. Da haben die Amerikaner plus 130 Prozent, der deutsche DAX plus 60 Prozent, Paris – das zentralistische Paris – sogar plus 10 Prozent geschafft und der österreichische ATX weist noch immer minus 20 Prozent auf. Das heißt, wir hier in Österreich haben

**Bundesrat Mag. Reinhard Pisec, BA MA**

diesen Krisenmodus von 2008/2009 immer noch nicht verlassen. Die unternehmerische Landschaft hat noch nicht diesen Höhepunkt von damals, diesen Peak, übertraffen, wie es eigentlich fast alle anderen europäischen Länder und auch Länder in aller Welt gemacht haben.

Was ist der Grund? – Es sind die unglaublich hohen Steuerbelastungen, von denen sich die österreichische Wirtschaft bis heute noch nicht erfangen hat. Spare in der Zeit, dann hast du in der Not! – Das weiß auch der deutsche Bundesminister für Finanzen, der die Wirtschaft dort beruhigt und zu Recht gesagt hat – das hat ja auch eine beruhigende Wirkung –: Wir in Deutschland haben einen riesigen Puffer im Haushalt, um mit der schwierigen Lage zurechtzukommen!

Und in Österreich? – Zehn Jahre Höchststeuerbelastungen, Höchstabgabenbelastungen, die dritthöchsten in ganz Europa! Die Bundesregierung – vor allem die davor, diese rot-schwarze; das war ja zehn Jahre lang die Regierung – hat es nicht geschafft, die Staatsverschuldung auch nur ansatzweise in den Griff zu kriegen. Es schallte immer der Ruf: Ausgaben, Ausgaben, Ausgaben! Wir kennen das von den Grünen und auch heute wieder von den Roten, in Erinnerung an Bruno Kreisky: Geben wir aus, geben wir aus, geben wir aus! (*Bundesrätin **Schumann**: Na geh bitte, wir haben eine Krise!*)

Nein, wir wollen die Kraft bei den Unternehmen haben. Wir wollen die Kraft in der Wirtschaft haben. Wir wollen haben, dass die Wirtschaft floriert und aus eigener Kraft diese Krise meistern kann. (*Bundesrätin **Schumann**: Sag das dem, der morgen arbeitslos ist! – Zwischenrufe der BundesrätInnen **Grimling** und **Schennach**.*) Es wird aber schwierig. Was kommt auf uns zu? – Schwächere Endverbrauchernachfrage, Verwerfungen im Warentransport, wie bereits erwähnt, Engpässe in der Lagerhaltung und das Schlimmste – und darauf muss man sich jetzt vorbereiten –: eventuelle Shutdowns der Fabriken, weil sie die Produktion nicht aufrechterhalten können.

Die Helden sind für mich die österreichischen Unternehmer und Unternehmerinnen und ihre Mitarbeiter, weil sie ihre Leistung erbringen, weil sie die Tüchtigen sind, und diese gehören unterstützt. Das Kurzarbeitsmodell, dieses Coronamodell ist sicher gut. Die Hauptthematik aber werden Dienstfreistellungen sein. Es werden nicht so viele Unternehmen ihre Mitarbeiter in Kurzarbeit schicken oder gar kündigen, denn jeder hofft doch, dass diese Krise, dieser Krisenmodus bald vorbei sein wird, und dann fehlen sie. (*Zwischenruf des Bundesrates **Schennach**. – Bundesrätin **Schumann**: ... und die Kleinen und die Kleinststrukturen, was ist mit ihnen?!*) Diese Dienstfreistellungen müssen aber die Unternehmer bezahlen. Dafür gibt es keine Refundierung. Es wäre doch im Sinne einer prosperierenden Wirtschaft, auch diese Dienstfreistellungen in das Akzentprogramm hineinzunehmen.

Wir Freiheitliche schließen uns den Ideen von Bundesminister Blümel, die er nicht ex lege, sondern in einem Informationsblatt ausgegeben hat, an; da hat er schon recht. Wir wollen das aber in einem Entschließungsantrag formulieren.

Daher bringen wir folgenden Antrag ein:

**Entschließungsantrag**

der BundesrätInnen Mag. Reinhard Pisec, BA MA Kolleginnen und Kollegen  
betreffend „sofortige steuerliche Sonderregelungen für Unternehmer zur Abfederung von Belastungen aufgrund der COVID-19-Krise“

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat umgehend eine Regierungsvorlage zuzuleiten, mit welcher folgende Maßnahmen zur Unterstützung aller betroffenen Unternehmer bis zur Bewältigung der COVID-19-Krise umgesetzt werden:

**Bundesrat Mag. Reinhard Pisec, BA MA**

- Generelle und zinsfreie Stundung der Vorauszahlungen von Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie von Sozialversicherungsbeiträgen,
- Abstandnahme von der Festsetzung von Nachforderungszinsen sowie
- Herabsetzung bzw. Nichtfestsetzung von Säumniszuschlägen.“

\*\*\*\*\*

Am Schluss möchte ich aber auch meine Hochachtung und meinen Respekt vor allem den potenziellen Erfindern zollen, die in Forschungslabors der pharmazeutischen Industrie nach neuen Medikamenten, nach dem Impfstoff forschen, um dieses tückische Virus zu besiegen. Meine Hochachtung gilt diesen sicherlich, und es wäre besonders schön, wenn dies in Österreich gelingen würde. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ sowie bei BundesrätInnen von ÖVP und SPÖ.)*

17.11

**Vizepräsident Michael Wanner:** Der eingebrachte Entschließungsantrag der Bundesräte Reinhard Pisec, Kolleginnen und Kollegen betreffend „sofortige steuerliche Sonderregelungen für Unternehmer zur Abfederung von Belastungen aufgrund der COVID-19-Krise“ ist genügend unterstützt und steht demnach mit in Verhandlung.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wünscht noch jemand das Wort? – Das ist nicht der Fall. Die Debatte ist geschlossen.

Die **Abstimmungen** erfolgen getrennt.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Beschluss des Nationalrates vom 15. März 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Errichtung des COVID-19-Krisenbewältigungsfonds und ein Bundesgesetz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 erlassen sowie das Gesetzliche Budgetprovisorium 2020, das Bundesfinanzrahmengesetz 2019 bis 2022, das Bundesgesetz über die Einrichtung einer Abbaubeteiligungsaktiengesellschaft des Bundes, das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, das Arbeitsmarktservicegesetz und das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz geändert werden.

Es liegt mir gemäß § 43 Abs.1 der Geschäftsordnung des Bundesrates ein Antrag der BundesrätInnen Karl Bader, Korinna Schumann, Marco Schreuder, Kolleginnen und Kollegen vor, gegen den vorliegenden Beschluss des Nationalrates – soweit dieser dem Mitwirkungsrecht des Bundesrates unterliegt – keinen Einspruch zu erheben.

Ich ersuche jene Bundesrätinnen und Bundesräte, die dem Antrag zustimmen, gegen den vorliegenden Beschluss des Nationalrates – soweit dieser dem Einspruchsrecht des Bundesrates unterliegt – keinen Einspruch zu erheben, um ein Handzeichen. – Das ist die **Stimmeneinhelligkeit**. Der Antrag ist somit **angenommen**.

Es liegt ein Antrag der BundesrätInnen Ingo Appé, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „weitergehende Maßnahmen, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Coronavirus effektiv zu bekämpfen“ vor.

Ich lasse über diesen **Entschließungsantrag** abstimmen.

Ich bitte jene Bundesrätinnen und Bundesräte, die diesem Antrag zustimmen, um ein Handzeichen. – Das ist die **Stimmenmehrheit**. Der Antrag ist somit **angenommen**. (271/E-BR/2020)

Es liegt ein Antrag der BundesrätInnen Reinhard Pisec, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „sofortige steuerliche Sonderregelungen für Unternehmer zur Abfederung von Belastungen aufgrund der COVID-19-Krise“ vor.

Ich lasse über den **Entschließungsantrag** abstimmen.

**Vizepräsident Michael Wanner**

Ich bitte jene Bundesrätinnen und Bundesräte, die diesem Antrag zustimmen, um ein Handzeichen. – Das ist die **Stimmenmehrheit**. Der Antrag ist somit **angenommen**. (272/E-BR/2020)

Wir gelangen zur Abstimmung über den Beschluss des Nationalrates vom 15. März 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Schulunterrichtsgesetz, das Schulunterrichtsgesetz für Berufstätige, Kollegs und Vorbereitungslehrgänge und das Bundesgesetz über die Berufsreifeprüfung geändert werden.

Es liegt mir gemäß § 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Bundesrates ein Antrag der BundesrätInnen Karl Bader, Korinna Schumann, Marco Schreuder, Kolleginnen und Kollegen vor, gegen den vorliegenden Beschluss des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

Ich ersuche jene Bundesrätinnen und Bundesräte, die dem Antrag zustimmen, gegen den vorliegenden Beschluss des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben, um ein Handzeichen. – Das ist die **Stimmeneinhelligkeit**. Der Antrag ist somit **angenommen**.

Es liegt ein Antrag der BundesrätInnen Monika Mühlwerth, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „vollständiger Kostenersatz für aufgrund der COVID-19-Krise abgesagte Schulveranstaltungen“ vor.

Ich lasse über diesen **EntschlieÙungsantrag** abstimmen.

Ich bitte jene Bundesrätinnen und Bundesräte, die dem Antrag zustimmen, um ein Handzeichen. – Das ist die **Stimmenmehrheit**. Der Antrag ist somit **angenommen**. (273/E-BR/2020)

Wir gelangen weiters zur Abstimmung über den Beschluss des Nationalrates vom 15. März 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Strafprozessordnung 1975 geändert wird.

Es liegt mir gemäß § 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Bundesrates ein Antrag der BundesrätInnen Karl Bader, Korinna Schumann, Marco Schreuder, Kolleginnen und Kollegen vor, gegen den vorliegenden Beschluss des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

Ich ersuche jene Bundesrätinnen und Bundesräte, die dem Antrag zustimmen, gegen den vorliegenden Beschluss des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben, um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist die **Stimmeneinhelligkeit**. Der Antrag ist somit **angenommen**.

Wir gelangen schließlich zur Abstimmung über den Beschluss des Nationalrates vom 15. März 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Wirtschaftskammergesetz 1998 geändert wird.

Es liegt mir gemäß § 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Bundesrates ein Antrag der BundesrätInnen Karl Bader, Korinna Schumann, Marco Schreuder, Kolleginnen und Kollegen vor, gegen den vorliegenden Beschluss des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

Ich ersuche jene Bundesrätinnen und Bundesräte, die dem Antrag zustimmen, gegen den vorliegenden Beschluss des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben, um ein Handzeichen. – Das ist die **Stimmeneinhelligkeit**. Der Antrag ist somit **angenommen**.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

**Verlesung eines Teiles des Amtlichen Protokolls**

**Vizepräsident Michael Wanner:** Es liegt mir das schriftliche Verlangen von fünf Mitgliedern des Bundesrates vor, das Amtliche Protokoll hinsichtlich der Tagesordnungs-

**Vizepräsident Michael Wanner**

punkte 1 bis 4 zu verlesen, damit dieser Teil des Amtlichen Protokolls zum Schluss der Sitzung als genehmigt gilt.

Ich werde daher so vorgehen und verlese nunmehr das Amtliche Protokoll:

Tagesordnungspunkte 1 bis 4:

„Die Bundesräte Karl Bader, Korinna Schumann, Marco Schreuder, Kolleginnen und Kollegen stellen gemäß § 43 Abs. 1 GO-BR zu Tagesordnungspunkt 1 den Antrag, gegen den gegenständlichen Beschluss des Nationalrates – soweit dieser dem Mitwirkungsrecht des Bundesrates unterliegt – keinen Einspruch zu erheben (Beilagen 1/1) sowie zu den Tagesordnungspunkten 2 bis 4 den Antrag, keinen Einspruch zu erheben (Beilagen 2/1, 3/1 und 4/1).

Die Bundesräte Monika Mühlwerth, Kolleginnen und Kollegen bringen zu TOP 2 den Entschließungsantrag Beilage 2/2 EA ein.

Die Bundesräte Ingo Appé, Kolleginnen und Kollegen bringen zu TOP 1 den Entschließungsantrag Beilage 1/2 EA ein.

Die Bundesräte Mag. Reinhard Pisek, BA MA Kolleginnen und Kollegen bringen zu TOP 1 den Entschließungsantrag Beilage 1/3 EA ein.

Abstimmungen:

Zu TOP 1:

Der Antrag, gegen den vorliegenden Beschluss des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben – soweit dieser dem Mitwirkungsrecht des Bundesrates unterliegt – wird angenommen (mit Stimmeneinhelligkeit).

Der Entschließungsantrag Beilage 1/2 EA wird angenommen (mit Stimmenmehrheit).

Der Entschließungsantrag Beilage 1/3 EA wird angenommen (mit Stimmenmehrheit).

Zu TOP 2:

Der Antrag, gegen den vorliegenden Beschluss des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben wird angenommen (mit Stimmeneinhelligkeit).

Der Entschließungsantrag Beilage 2/2 EA wird angenommen (mit Stimmenmehrheit).

Zu TOP 3:

Der Antrag, gegen den vorliegenden Beschluss des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben, wird angenommen (mit Stimmeneinhelligkeit).

Zu TOP 4:

Der Antrag, gegen den vorliegenden Beschluss des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben, wird angenommen (mit Stimmeneinhelligkeit).“

\*\*\*\*\*

Erheben sich Einwände gegen die Fassung oder den Inhalt dieses Teils des Amtlichen Protokolls? – Das ist nicht der Fall.

Dann sind diese Teile des Amtlichen Protokolls so angenommen und gelten mit Schluss der Sitzung als **genehmigt**.

\*\*\*\*\*

---

**Vizepräsident Michael Wanner**

Ich gebe noch bekannt, dass seit der letzten beziehungsweise in der heutigen Sitzung keine Anfragen eingebracht wurden.

\*\*\*\*\*

Als Sitzungstermin der **nächsten** Sitzung des Bundesrates wird Donnerstag, der 26. März 2020, 9 Uhr, in Aussicht genommen.

Für die Tagesordnung dieser Sitzung kommen insbesondere jene Beschlüsse in Betracht, die der Nationalrat bis dahin verabschiedet haben wird, soweit diese dem Einspruchsrecht beziehungsweise dem Zustimmungsrecht des Bundesrates unterliegen.

Die Ausschussberatungen sind für Dienstag, den 24. März 2020, 14 Uhr, vorgesehen.

Gesund bleiben!

Die Sitzung ist **geschlossen**.

**Schluss der Sitzung: 17.22 Uhr**

---

Impressum:

Parlamentsdirektion

1017 Wien

